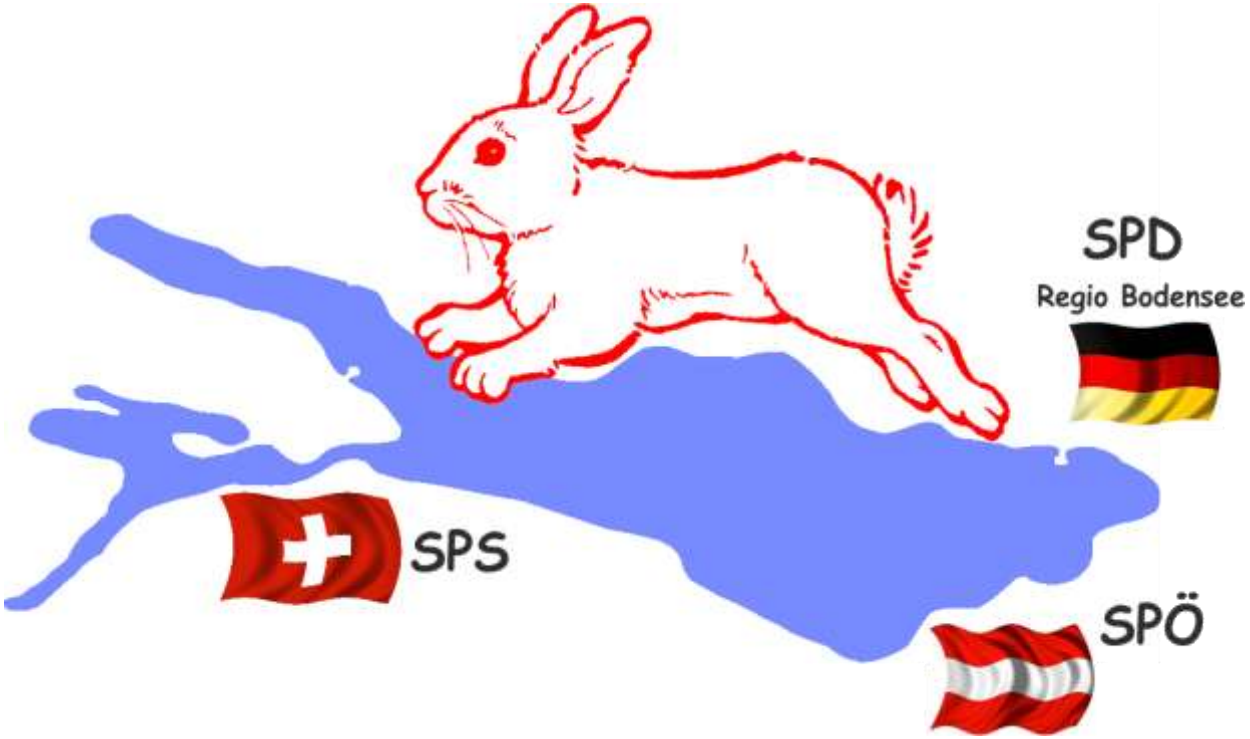
„Der Rote Seehas“

Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion



Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org **Ausgabe: 180** **29.07.2017**

EDITORIAL

Der Wahlkampf ist im Gange

- **Nur bei der Union nicht – könnte man denken – die Kanzlerin tut was sie schon immer tut – anscheinend nichts. Sie wartet ab. Sie hat Zeit – glaubt sie!**

Wir leben auf der „Insel der Seligen“ glauben Viele
Ist das wirklich so?
Was ist, wenn uns der Laden um die Ohren fliegt?

Das Tempo, mit dem sich die Erde dreht, hat sich beschleunigt, so fühlt es sich an.

In den USA kämpft der „Twitter-Präsident“ zunehmend erfolgloser für eine neue und gegen die alte Gesundheitsreform an. Während er sich mit dem Feuern von Mitarbeitern amüsiert, machen Senat und Repräsentantenhaus Weltpolitik gegen Russland, was ihn anscheinend nicht kümmert und der IWF die Zukunft der amerikanischen Wirtschaft pessimistisch beurteilt.

Frankreichs Präsident verhandelt mit Libyen um „Sammelstellen“ für Flüchtlinge – in einem Bürgerkriegsland –
Italien spielt nach Hilfeersuchen Libyens mit der Idee, Flüchtlinge mit dem Einverständnis Libyens, Flüchtlinge entgegen dem **Nonrefoulement-Prinzip zurückzuschicken.** **Erläuterung S. 11**

Wäre es nicht vernünftiger, endlich damit zu beginnen, das Flüchtlingsproblem dort zu bekämpfen wo es beginnt: in den Herkunftsländern?

Italien fühlt sich in der Flüchtlingsfrage allein gelassen von der EU. Sicher ist, dass weder Italien noch Griechenland alleine das Problem meistern Italien fühlt sich in der Flüchtlingsfrage allein gelassen von der EU. Sicher ist, dass weder Italien noch Griechenland alleine das Problem meistern können.

Das Dublin-Abkommen hat einen gravierenden Fehler: Es begünstigt einseitig die Binnenländer der EU und die Randstaaten zu denen keine direkten Fluchtwege führen. (Die Ostsee Anrainer haben das Glück, dass die

Dublin müsste dringend in eine gerechte Fassung gebracht werden

Besser noch: Die EU braucht dringend **SOLIDARITÄT – ohne sie kann Europa seine Zukunft nicht selbständig gestalten!**

Dass Sigmar Gabriel Erdogan ein klares, deutliches Signal gegeben hat, garantiert kein Einlenken des türkischen Präsidenten, beendet jedoch den beschämenden Zustand des Zuschauens.

Damit wieder zu uns:
Das Auffliegen der Kartellbildung in der deutschen Autoindustrie kam gerade noch passend zu den Tricksereien mit dem Abgas – als hätte die Abgasaffäre nicht gereicht. Zum absehbaren Ende der Verbrennungsmotoren mit all den Folgen für den Arbeitsmarkt kommen die Kosten der „Aufräumungsarbeiten“ hinzu. Hoffentlich geht das nicht wieder zu Lasten der von ihrer Arbeitskraft abhängigen Steuerzahler.

Das Verwaltungsgericht Stuttgart sieht keine Alternative zum Verbot, ältere Diesel-Fahrzeuge aus Stuttgart (vermutlich auch aus den 80 weiteren Städten, die die Grenzwerte für Stickoxide nicht einhalten) auszusperren.

Die WählerInnen würden wohl eine politische Entscheidung gegen die Gesundheit der betroffenen Bevölkerung nicht goutieren. Das ist eine reine Frage der Gerechtigkeit.

Noch 56 Tage: Genug Zeit, gemeinsam einen energischen Wahlkampf zu führen, genug Zeit, die Menschen zu überzeugen, dass die SPD sich um das Schicksal der Menschen in unserem Land kümmert.

Leute kämpft mit, es ist Wahlkampfzeit - engagiert euch!

Es grüßt Sie die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König und Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Editorial – Inhaltsverzeichnis - EU: „Licht und Schatten bei der Steuertransparenzpflicht für multinationale Unternehmen“ – EU-Handelsabkommen mit Japan: „Ceta Plus“ muss es sein - Juli-Newsletter der Europa-SPD	2, 4-7
- SBI: SPD/SBI-Regionalkonferenz zur europäischen Regionalpolitik mit Maria Noichl - Prix Wasserfrau 2017 - Preisträgerin des Prix Wasserfrau 2017: Das Frauenforum Rheintal	8-11
- SPD Deutschland: Endlich! Gleiche Liebe erhält gleichen Respekt!	12
- SPD Baden-Württemberg: Newsletter SPD B-W	13-14
- Südwürttemberg Region Bodensee-Oberschwaben: Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft B-W zur Antrag der Abg. Reinhold Gall u.a. SPD: Förderung und Entwicklung der Aquakultur am Bodensee, Drucksache 16/2067	15-19
- SPD-Bodenseekreis: SPD Kreistagsfraktion beantragt Expertenanhörung zu Felchen Aquakultur im Bodensee - SPD fordert von Verkehrsminister Hermann mehr Engagement beim Ausbau der Bodenseegürtelbahn - LEON HAHN: JUNGE POLITIK FÜR DEN BODENSEE	20-24
- SPD Ortsverein Ailingen: SPD-Gemeinderatsfraktion stimmt für die Änderung des Bebauungsplans "Ettenkirch Süd" – SPD Gemeinderatsfraktion stimmt für Neubau des SV Ettenkirch - SPD Ortsverein Friedrichshafen: SPD Friedrichshafen tritt Bündnis für Vielfalt Friedrichshafen bei - Heimat – der Ort, an dem wir uns wohlfühlen	25-27
- Friedrichshafen wird neue Heimat der „Landshut“ - Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum	27-28
- SPD KV BC und MdB Martin Gerster: „Liebe und Ehe ist keine Frage des Geschlechts“ - Biberacher Hochschulverbund „InnoSÜD“ erhält Förderung bis zu 15 Millionen Euro - SPD-MdB Gerster und DGB-Vorsitzender Kasperek unterstützen Industriegebiet im Rißtal - Gerster kritisiert schneckenhaft langsame Planung des Landes	29-31
- SPD KV KN + Tobias Volz: Sigmar Gabriel kommt in den Kreis Konstanz - Gerechtigkeit - Zukunft - Europa: Themen, die sich lohnen - 3 - 1 - 2: Leni hört zu	32
- Wahlkampf unterstützen	33
- SPD Kreis Ulm, Alb-Donau Kreis, MdB Hilde Mattheis: Ehe für alle: Liebe ist Liebe und verdient Respekt! - Hilde Mattheis im Gespräch mit Marktbesuchern in Laichingen – Treffen mit islamischem Kulturverein kommt nicht zustande - Wir müssen die demokratischen Kräfte in der Türkei unterstützen	34-36
- Hilde Mattheis beeindruckt von vielfältigem Angebot bei Jugendmigrationsdienst Ulm - Im Café Blau zahlt jeder, was er kann – Hilde Mattheis trifft …Uli Grötsch, MdB	37-38
- Treffen Sie Katarina Barley - Hilde Mattheis trifft ……Elvira Drobinski-Weiß, MdB - Mattheis zu Besuch im Haus für Kinder und beim AdventureGolf	39-40
- DL21: DL21-Newsletter vom 04.07.2017: G20-Gipfel in Hamburg - Ehe für alle - Bundesparteitag in Dortmund – Einladung DL21/spw-Herbsttagung	41-42
- SPÖ Österreich - SPÖ Vorarlberg: Reinhold Einwallner ist SPÖ-Spitzenkandidat in Vorarlberg - Unterstützung für Wohnbeihilfe-Modell der Armutskonferenz	43-44
- Beharrlichkeit lohnt sich! - SPÖ-Liste für Nationalratswahl steht fest – Landesliste - Wahlkreis Nord - Wahlkreis Süd - "Ehe für alle": Unglaubliche Argumentation des Landeshauptmannes - Gleichstellungsbericht 2017 - noch ist viel zu tun!	44-47
- SP Schweiz: - SP Kanton SG: Streit Ärzteschaft RJ/Spital Linth: Antwort der Regierung zur EA Lemmenmeier-St.Gallen vorliegend	48
- SP Kanton AI: Hinschauen und Missstände benennen	48
- SP Kanton TG: Linksrum Woche 27/2017: Grossratsgeflüster vom 28.06.2017 - PHTG Kreditbegehren Erweiterungsbau 2 - Zur Schliessung der Handelsmittelschule	49-50
- Stipendien nicht nur für Reiche (Votum von Kantonsrätin Nina Schläfli) - Jahresversammlung der SP MigrantInnen Schweiz - Deklariert euren Besitz im Ausland!	50-51
- Lasst euch einbürgern! - Rückblicke und Ausblicke auf die Schwerpunkte der Tätigkeit der SP MigrantInnen - Wahlen Präsidium und Vorstand MigrantInnen Schweiz	51-52
- Prix Wasserfrau als Verein gegründet	53
- Impressum	54

Europa

S&D WIR IN EUROPA

Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Peter SIMON und Sylvia-Yvonne KAUFMANN:

„Licht und Schatten bei der Steuertransparenzpflicht für multinationale Unternehmen“

Konservative und Liberale verwässern umfassende öffentliche Berichterstattung

Zukünftig sollen Großunternehmen öffentlich machen, wo sie weltweit welche Gewinne erzielen und welche Steuern sie darauf zahlen (Country-by-Country-Reporting). Das hat das Plenum des Europaparlaments am Dienstag 4. Juli, in Straßburg beschlossen.

"Die gute Nachricht ist, dass wir unserer langjährigen Forderung, dass beim Thema Steuern die Karten endlich auf den Tisch kommen, einen weiteren wichtigen Schritt näher gekommen sind. Die schlechte Nachricht ist allerdings, dass Konservative und Liberale die sozialdemokratischen Vorschläge verwässert und Schlupflöcher geschaffen haben", so die SPD-Europaabgeordnete **Sylvia-Yvonne Kaufmann**, Sprecherin der S&D-Fraktion im Rechtsausschuss (JURI).

„Die Möglichkeit, dass ausgewählte Unternehmen unbefristet von der Regelung ausgenommen werden können sollen, unterwandert die öffentliche Berichterstattungspflicht. Es darf keinen Freifahrtschein geben“, stellt der baden-württembergische SPDEuropaabgeordnete **Peter Simon**, Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im Untersuchungsausschuss zu den Panama Papers (PANA), klar. Die S&D-Fraktion hatte erfolglos einen Änderungsantrag eingereicht, der Ausnahmen aus wettbewerbsrechtlichen Gründen klar zeitlich begrenzt und diese Unternehmen im Nachhinein dann dazu verpflichtet hätte, die Informationen offen zu legen.

Auf der Strecke blieb auch der sozialdemokratische Vorschlag, dass bereits Großunternehmen ab 40 Millionen Euro (Definition von "Großunternehmen" laut EU) und nicht nur Konzerne ab 750 Millionen Euro Jahresumsatz die Karten offen legen müssen. "So sind lediglich 10 Prozent beziehungsweise 1.900 Firmen im Blickfeld der Steuerbehörden. Bei einem niedrigeren Schwellenwert wären es 20.000 Unternehmen. Hier wurde eine Chance vertan", kritisiert der Steuerexperte. Durchsetzen konnten die Sozialdemokraten dagegen, dass die detaillierte öffentliche Berichtspflicht die weltweiten Aktivitäten der Multis umfasst und nicht nur auf die EU und Steueroasen beschränkt bleibt. „Wir wollen global und im Detail nachvollziehen können, wie die Steuergestaltungsmodelle der Multis aussehen, um gegen die aggressive Steuervermeidung vorgehen zu können. Da musste der Vorschlag der EU-Kommission einfach nachgebessert werden. Alles andere hätte keinen Sinn gemacht und die Aussagekraft und Wirkung der öffentlichen Berichterstattung enorm eingeschränkt.“, unterstreicht **Peter Simon**.

„Noch ist unser Kampf für mehr Transparenz nicht verloren. In den nun beginnenden Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission werden wir uns weiter gegen Schlupflöcher in der Gesetzgebung stemmen. Die Karten gehören alle auf den Tisch. Die Öffentlichkeit hat Anspruch auf umfassende Transparenz“, bekräftigt **Sylvia-Yvonne Kaufmann**.

Straßburg 04.07.2017 **Peter Simon, MdEP**

EU- Handelsabkommen mit Japan:

„Ceta Plus“ muss es sein

Zurzeit wird mit Hochdruck an einem "agreement in principle“, einer “politischen Absichtserklärung” zwischen der EUROPÄISCHEN UNION und JAPAN als Grundlage für ein Handelsabkommen gefeilt. Die Verhandler wollen dies möglichst noch vor dem G20 vereinbaren. Das jahrelang vermisste Momentum scheint dafür inzwischen gegeben zu sein, allerdings scheint die politische Grundsatzeinigung weniger ehrgeizig als erhofft auszufallen.

Ein EU-Japan Handelsabkommen könnte wirtschaftlich und politisch große Chancen für die EU bieten. EU-Exporteure zahlen jährlich mehr als 1 Milliarde Euro an Zöllen in Japan. Außerdem gibt es dort viele diskriminierende nicht-tarifäre Handelshemmnisse, die den japanischen Markt bisher im Vergleich zum europäischen abgeschottet haben.

Es ist natürlich wichtig festzuhalten, dass eine politische Einigung keine endgültige Einigung auf einen Vertragstext bedeutet. Viele Detailfragen sind noch zu klären, es besteht aber auch bei in der EU kontrovers diskutierten Themen noch Unklarheit.

Ein Abkommen ist prinzipiell wünschenswert, aber nur ein gutes Abkommen kann eine Mehrheit im Parlament finden. Ein endgültiger Text des Abkommens ist frühestens Ende des Jahres fertig, erst zu diesem Zeitpunkt wären die Verhandlungen tatsächlich abgeschlossen.

Inhaltlich gibt es in den Verhandlungen noch große Herausforderungen:

- Bei Marktzugangsfragen und Zöllen gab es viele Fortschritte, aber es sind Vor allem landwirtschaftliche Produkte, an den es hakt, wie etwa europäischer Käse oder die Anerkennung der europäischen geographischen Herkunftsbezeichnungen. In Japan gibt es sehr hohe Zölle auf EU Agrarprodukte, die Preise insgesamt sind dort sehr hoch und in kaum einem anderen OECD Land müssen die Menschen so viel von ihrer Kaufkraft für Lebensmittel ausgeben.
- Der Zugang zu öffentlichen Beschaffungsaufträgen ist auch weiterhin umstritten, etwa die Möglichkeit für europäische Anbieter sich an allen Aufträgen im Eisenbahnsektor zu beteiligen. Zurzeit scheint ein Kompro-Miss über die Öffnung auf nationaler Ebene und bei großen Städten über 200 000 Einwohnern im Raum zu stehen.
- Auch scheint Japan weiterhin auf privaten Schiedsstellen bei Investitionsstreitigkeiten (ISDS) zu bestehen, diese sind für das Europäische Parlament bekanntermaßen nicht akzeptabel. Entweder geht Japan den Weg zu einem öffentlichen, internationalen Investitionsgericht mit oder es gibt keinen entsprechenden Teil im Abkommen. Da es keine Einigung gibt, wird hier zunächst ein Platzhalter stehen.
- Keine Experimente darf es ebenso beim freien Datenverkehr geben. Datenverkehr in digitalisierten Wertschöpfungsketten ist notwendig, aber solche Regelungen dürfen die EU-Gesetzgebung zum Datenschutz nicht unterlaufen und zukünftigen Änderungen erschweren. Auch hier gilt: entweder es gibt eine überzeugende Übereinkunft oder es gibt keine. Auch hier gibt es noch keine Einigung und es steht ein Platzhalter, Justizkommissarin Jourova verhandelt mit der japanischen Seite über ein Datenabkommen, das Anfang 2018 fertig sein soll und dann in das Handelsabkommen integriert werden soll.
- In einer Vereinbarung mit Japan, ebenso wie in der mit Kanada, darf weder Das europäische Vorsorgeprinzip aufgeweicht werden, noch die Daseins-Vorsorge zum Gegenstand von Öffnungsverpflichtungen im Dienstleistungsbereich werden.
- Es muss klargestellt werden, dass eine zukünftige mögliche Kooperation Zur Vereinbarung hoher Standards im Verbraucherschutz, bei Sicherheit Und Umweltschutz allein auf freiwilliger Basis stattfinden wird. Diese kann sinnvoll und eine darauf aufbauende international Kooperation anstrebsam sein, allerdings müssen diese Prozesse auf freiwilliger Basis geschehen und der demokratische Prozess dadurch nicht eingeengt werden.
- Gerade bei den Arbeitnehmerrechten gilt es ein überzeugendes Nachhaltigkeitskapitel mit Durchsetzungsmöglichkeiten zu vereinbaren. Japan hat nur sechs der acht Kernarbeitsnormen ratifiziert (105 Verbot von Zwangsarbeit und 111 Antidiskriminierung fehlen) und scheint einer verbindlichen

Umsetzung gegenüber nicht aufgeschlossen zu sein. Ohne einen klaren Umsetzungsrahmen mit Durchsetzungsmöglichkeiten, kann es kein Abkommen geben.

Den Verhandlungsführern sollte bewusst, sein, dass das Europäische Parlament klare Ansprüche an das Abkommen hat und Standards, die bei CETA gesetzt worden sind, nicht unterlaufen werden dürfen. CETA mit allen Ergänzungen ist die Messlatte, nicht weniger ist von diesem Abkommen zu erwarten. Ein abschließendes Urteil darüber wird sich das Europäische Parlament auf Grundlage des ausgehandelten Textes bilden. Bis dahin begleitet die „Japan monitoring group“ des INTA-Ausschusses und der Handelsausschuss insgesamt die Verhandlungen intensiv und diskutiert mit Kommissionsvertretern aktuelle Texte und EU-Vorschläge, die regelmäßig an das EP übermittelt werden. Eine Diskussion auf Grundlage geleakter Dokumente ist sicherlich nicht zielführend, da sie den derzeitigen Verhandlungsstand nur unzureichend reflektieren.

Die oft wiederholte Linie, man habe aus der Vergangenheit gelernt und werde in Zukunft transparenter mit Verhandlungen umgehen, scheinen weder EU-Kommission noch EU-Mitgliedstaaten verinnerlicht zu haben. Von einer Transparenzoffensive kann man im Rahmen dieser Verhandlung wahrlich nicht sprechen. Die Kommission hat zwar einige Berichte der Verhandlungsrunden und einzelne Textvorschläge veröffentlicht, dies ist aber absolut nicht hinreichend. Völlig unverständlich, gerade angesichts des gewachsenen Misstrauens gegenüber Handelspolitik und einer globalisierten Weltwirtschaft, ist zudem die Verweigerungshaltung der Mitgliedstaaten, die das Verhandlungsmandat seit Jahren unter Verschluss halten.

06.07.2017 **Peter Simon MdEP**

Roter Faden Europa

"Sternstunde" - Juli-Newsletter der Europa-SPD

Liebe Leserinnen und Leser,

Europas Herz hat am vergangenen Wochenende im Pott geschlagen - beim Bundesparteitag der SPD in Dortmund. Martin Schulz hat in seiner Rede klar gemacht: Die SPD weiß nicht nur, wo es innenpolitisch in puncto Steuern, Rente oder Arbeit lang geht; Sie weiß auch, dass es Deutschland nur gut geht, wenn es seinen Nachbarn gut geht. Die starke Bundesrepublik kann Aufgaben wie Flüchtlingsbewegungen und Globalisierung, weltweiten Handel und Klimawandel mit größerem Erfolg bewältigen, wenn sie es gemeinsam mit ihren europäischen Partnern tut. Diese Überzeugung hat sich wie ein roter Faden durch Martin Schulz‘ Rede gezogen.

Das SPD-Wahlprogramm, das die Delegierten einstimmig angenommen haben, zeigt außerdem:
Wir wissen, wo es in Europa gut läuft, aber auch wo es zwickt und wo es richtig schmerzt – etwa bei der Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Ländern oder beim Lohn- und Sozialdumping. Und wir haben die richtigen Konzepte, um diese Probleme zu lösen. Wer im September Sozialdemokratie und Martin Schulz wählt, der wählt auch ein sozialeres, progressiveres Europa – und das nützt nicht zuletzt Deutschland.

Auf dieses Highlight folgte gleich das nächste: Dank des Drucks von Martin Schulz und der SPD hat der Bundestag heute endlich die Ehe für alle beschlossen. Ein historischer Tag für Deutschland - und für Europa. In vielen EU-Ländern können Frauen bereits Frauen heiraten und Männer Männer. Wenn es nach uns geht, müsste es in allen Mitgliedstaaten so sein. Diskriminierung passt nicht zu den Werten der Europäischen Union. Liebe kennt keine Unterschiede. Dass der deutsche Staat das nun endlich auch in puncto Ehe anerkennt, macht Europa ein Stück besser.

An einem besseren Europa arbeiten wir nächste Woche wieder in Straßburg. In der letzten Plenarwoche vor der parlamentarischen Sommerpause stehen eine Reihe wichtiger Entscheidungen an. Unter anderem geht es um Steuertransparenz, die Lebensdauer von Elektrogeräten und die Eindämmung klimaschädlicher Stoffe, die in Klimaanlagen, Kühlgeräten oder Spraydosen vorkommen. Mehr hierzu lesen Sie unten.
Ihre Europa-SPD

Weitere Themen unseres Newsletters:

Globaler Ausstieg aus klimaschädlichen Stoffen
Steuertransparenz - Konzerne müssen Zahlungen veröffentlichen
Elektrogeräte reparieren statt wegwerfen

Globaler Ausstieg aus klimaschädlichen Stoffen
Sie stecken in Klimaanlagen, Kühlgeräten, Spraydosen oder Reinigungsmitteln – klimaschädliche Fluorkohlenwasserstoffe (FKW). Nun soll ihre Verwendung weltweit zurückgefahren werden.
→ weiterlesen

Steuertransparenz - Konzerne müssen Zahlungen veröffentlichen
Durch Steuervermeidung gehen in der EU jährlich 50 bis 70 Milliarden Euro verloren. Da multinationale Konzerne immer komplexere und weniger transparente Modelle entwickeln, verschärft sich das Problem. Das muss sich ändern.
→ weiterlesen

Elektrogeräte reparieren statt wegwerfen
Ob Fernseher, Rasierer oder Fön – Verbraucherinnen und Verbraucher tendieren immer häufiger dazu, ihre gekauften Elektroprodukte durch ein neues Gerät zu ersetzen, anstatt das alte reparieren zu lassen. Reparaturen sollten erleichtert und vergünstigt werden.
→ weiterlesen

Wenn Sie unsere aktuellen Pressemitteilungen erhalten möchten, können Sie sie hier abonnieren.

30.06.2017 **Peter Simon, MdEP**

Europäisches Parlament
S&D-Fraktion, Gruppenbüro der SPD-Europaabgeordneten
Rue Wiertz 12G138, B- 1047 Brüssel, Tel.: +32 2 28 41779 und /43665
Herausgeber: Jens Geier (V.i.S.d.P.)
Facebook: facebook.com/EuropaSPD Twitter: twitter.com/SPDEuropa
Website: www.spd-europa.de
E-Mail: s-d.delegationDE@europarl.europa.eu

SBI Sozialistische Bodensee-Internationale

Sozialistische Bodensee-Internationale(SBI) gegr.1902

SPÖ Vorarlberg - SP Ostschweizer Kantone - SPD-Bezirke am See in Bregenz und FSG Vorarlberg und nahe stehende Gewerkschaften in der Region

Präsidium: Fredi Alder (SP im Kanton St.Gallen), Rorschach
Reinhold Einwallner (SPÖ in Vorarlberg), Hörbranz
Hans-Peter Storz (SPD in Baden-Württemberg), Singen
und weitere Vorstandsmitglieder aus D, A, CH

Europa zusammenhalten

SPD-Regionalkonferenz zur europäischen Regionalpolitik mit Maria Noichl

„Regionen in Europa müssen mit mehr Personal und Finanzen ausgestattet werden!“ Dies forderte die bayerische EU-Abgeordnete **Maria Noichl** (Rosenheim). Die SPD-Europapolitikerin sprach auf einer Regional-Konferenz ihrer Partei am vergangenen Samstag in Friedrichshafen. Im Griechischen Lokal „Delphi“ an der Uferpromenade trat sie dafür ein, das Prinzip der Subsidiarität im Aufbau der europäischen Institutionen zu stärken. „Die Mitbürgerinnen und Mitbürger vor Ort, in den Städten und Gemeinden, erfahren oft viel zu wenig, dass Mittel für Investitionen und operative politische Initiativen vor Ort meist ihre Quelle in Brüssel haben“, gab die EU-Abgeordnete zu bedenken. Den Wählern gegenüber werde dies statt dessen oft als Erfolg der jeweiligen Landesregierung in Stuttgart oder in München verkauft. Umgekehrt werde Erfolglosigkeit in dem einen oder anderen politischen Feld gerne in Brüssel verortet. So wachse der Nährboden für Nationalismus und Europaverdrossenheit, lautete ihr Argwohn.

Die Vierländerregion am Bodensee, so Maria Noichl, leide noch immer darunter, dass ihre Strukturprobleme wie der Straßen- und Bahnverkehr von den fernab liegenden Hauptstädten in Berlin, Wien und Bern arg vernachlässigt würden. Andererseits leiste die EU mit einem Betrag von knapp 40 Millionen EURO im aktuellen INTERREG-Förderprogramm für so genannte Grenzregionen (wie mit dem Nicht-EU-Land der Schweiz) einen wirkungsvollen Beitrag, um grenzüberschreitende Strukturprobleme im wirtschaflichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich abzubauen. Das INTERREG-Programm wirke daher „ wie ein Klettverschluss“, um die Zusammenarbeit mit den Nachbarn auf der anderen Seite der Landesgrenze zu vertiefen.

Maria Noichl **Foto: Archiv Noichl**

Im weiteren Verlauf der Konferenz antwortete die EU-Politikern auf Fragen zu den EU-Freihandelsabkommen mit afrikanischen Ländern und zu der

umstrittenen Rolle der osteuropäischen „Visegradstaaten“ (Polen, Tschechien und Ungarn) in der EU.

09.07.2017 **Willi Bernhard**

Prix Wasserfrau 2017

1. Nach der Gründungsversammlung des Vereins Prix Wasserfrau in Rorschach am 13.Juni habe ich Kontakt aufgenommen mit Politikerinnen im benachbarten Fürstentum Liechtenstein. Von den 4 Landtagsfraktionen in Vaduz gilt dies besonders für die **FBP**, hier Clarissa Frommelt, die Vorsitzende der Frauen in der FBP, und Thomas Banzer vom Sekretariat der FBP. Sie sagten zu, sich im Fürstentum nach innovativen, ehrenamtlichen Initiativen und Projekten umzuschauen, die für eine Verleihung des Prix Wasserfrau in Frage kommen könnten. Bis jetzt ist allerdings keine Rückmeldung von der FBP mehr gekommen.

Die progressivere **Freie Liste Liechtenstein** , besonders die Landtagsabgeordnete Helen Konzett sowie vom Sekretariat: Alexa Ospelt und Thomas Lage, haben ebenfalls zugesagt, sich um das Anliegen zu kümmern, nach Vorschlägen für die Preisverleihung Ausschau zu halten. Sie würden im konkreten Fall ihren Vorschlag direkt an Hildegard Fässler nach Grabs übermitteln. Frist für die Entscheidung der Jury und der Termin für die Preisverleihung sind der Freien Liste bekannt, ebenso der Wunsch nach einer möglichen Preisverleihung in Rorschach, wenn möglich, statt in Vaduz. Aber darüber müsste man dann in den kommenden Wochen noch sprechen., im gegebenen Fall. Angesprochen worden ist übrigens auch die Junge Freie Liste, also der Jugendverband der FL. Mit einer Nominierung für den Prix Wasserfrau ist man (bei der FL) einverstanden.

2. Von der nördlichen Uferregion am Bodensee wird ein Vorschlag an die Jury eingereicht, bei dem in Regie des örtlichen Sportvereins junge einheimische Mädchen gemeinsam mit jungen Mädchen aus Flüchtlingsfamilien am Ort Fußballsport betreiben, gemeinsam trainieren und sich zu Fußballspielen treffen. Es ist der **FC InterLadies,** der auf Initiative einer syrischen Mädchenfussballerin in der Gemeinde Meckenbeuren (bei Friedrichshafen) im Herbst 2016 ins Leben gerufen worden ist. Betreut von **Celia Röder** und fachlich unterstützt von ihrem Vater Jörg Röder, treffen sich die Mädchen (ab 14 Jahren) immer am Freitag-Nachmittag in einer Sporthalle, um über das Hobby Fußball sich näher zu kommen, die Integration zu fördern und sich bei Alltagsproblemen zu helfen.

Celia Röder ist mit der Nominierung des Mädchensportprojekts für die Preisverleihung einverstanden.

Foto: Archiv FC InterLadies

3. Ebenfalls vom Nordufer des Bodensees reiche ich einen weiteren Vorschlag ein. Er gilt dem <u>überparteilichen</u> Frauennetzwerk mit dem Namen „**B-o-R-a“.** In dieser ehrenamtlich organisierten Frauen-Initiative haben sich weibliche Mitglieder mehrerer politischen Gruppierungen (Parteien) und Kommunalparlamenten aus den beiden Landkreisen (Bezirken) **Ravensburg und Friedrichshafen/Bodenseekreis** auf eine gemeinsame Plattform geeinigt mit dem Ziel, mit etlichen, dezentral organisierten Begegnungen und Ver anstaltungen dafür zu werben, dass bei den Kommunalwahlen im Juni 2019 (in Baden-Württemberg) mehr Frauen jeglichen Alters dazu animiert werden

können, für die Wahl zu einem Gemeindeparlament selbst zu kandidieren.

Foto: Archiv B-o-R-a

Das ehrgeizige Ziel von B-o-R-a ist es, einen Frauenanteil von 50 Prozent in den politischen Gremien, also in den Gemeindevertretungen(Gemeinderat und Kreistag) zu erreichen. Dazu werden in verschiedenen Städten und Gemeinden zwischen Friedrichshafen und Ravensburg Empfänge mit kulturellem Programm für Frauen veranstaltet, ebenso Diskussionsabende zu frauenpolitischen Themen, After-Work-Parties, finanziert ausschließlich über private Spenden. Unterstützt wird das Projekt durch die Mitarbeit von Schauspielerinnen und Expertinnen aus dem Bereich Kommunikation und Rhetorik. Politisch interessierte Frauen, die bisher noch nicht den Mut aufbringen konnten, selber politisch aktiv zu werden und etwa für ein kommunales Parlament zu kandidieren, können über soziale Netzwerke fortwährend sich an das B-o-R-a-Team wenden, das ihnen alle einschlägigen Fragen zum politischen Engagement beantworten kann und auch sonst mit Rat und Tat behilflich ist. Geplant sind auch Maßnahmen und Instrumente im Vorfeld der Kommunalwahl, etwa zur frühzeitigen Wahlkampf-Planung im persönlichen und örtlichen Lebensumfeld.

FRAUEN FÜR DIE POLITIK

Sprecherin ist die Ravensburger Kommunalpolitikerin Gisela Müller, Ravensburg. Sie ist mit dem Vorschlag zur Nominierung des Frauenprojekts für die Preisverleihung einverstanden.

11.07.2017 **Willi Bernhard, Meckenbeuren (D)**

Preisträgerin des Prix Wasserfrau 2017:

Das Frauenforum Rheintal

Ihren Anfang genommen hat die Gruppe am landesweiten Frauenstreiktag vom 14. Juni 1991 im Widnauer Schulhaus Schlatt auf Initiative von Béatrice Heule. Die Kleinklassen-Lehrerin hatte damals aber nicht zum Streik, sondern zum Frauenfest geladen. «Sonst hätte ich nicht alle Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen für den Anlass gewinnen können», sagte die inzwischen Pensionierte in einem Interview zur 20-Jahr-Feier 2011. Der damalige Anlass mit Workshops zu Frauenthemen, Festwirtschaft und Kinderhort war ein Erfolg und die Workshops wurden fortgeführt.

Das Frauenforum Rheintal organisiert also seit Juni 1991 fast monatlich eine Veranstaltung für Frauen. Die Themen sind so breit ausgewählt, dass sie ganz unterschiedliche Frauen ansprechen. Auf diese Weise werden sehr viele Rheintaler Frauen erreicht, auch wenn die Anlässe unterschiedlich gut besucht sind.

Beispiel sind: Besuch bei einer Taschenherstellerin, Malen mit einer Kunstmalerin; Vortrag zum Thema Frauenhandel, Autorinnenlesungen, „Unter-

nehmerinnen im Gespräch“, Gespräch mit einer Sexualberaterin, -therapeutin; zu sämtlichen kantonalen und eidgenössischen Wahlen bietet das Forum fast allen Kandidatinnen eine Plattform mit einer Vorstellungsrunde und oft mit Podiumsdiskussionen; Filme über noch bestehende matriarchale Gemeinschaften, Abende über einzelne Abstimmungsthemen (z.B. zum bedingungsloses Grundeinkommen), Besuche im Frauenmuseum Hittisau, „Frauen und Bauen“ etc. etc.

Ganz wichtig sind auch das jährliche Begegnungsfest der Kulturen, an dem sich Frauen - oftmals aus über 20 Nationen im Februar zum Feiern treffen - und das jährliche Frauenfest zum 14. Juni.
Die Beharrlichkeit und das innere Feuer, mit dem das jeweilige Kernteam konsequent frauenspezifische Themen sucht und die Abende bestreitet, sind beeindruckend. Das Frauenforum Rheintal ist kein Verein; es gibt keine Mitgliederliste. Die Anlässe sind für alle Frauen offen und werden in der Presse und auf der Website ausgeschrieben. Es braucht kaum je eine Anmeldung, frau kann kommen, oder auch nicht. Bezahlt wird ein Obolus für den einzelnen Anlass, wenn überhaupt nötig, vor Ort.

Das Frauenforum ist zu einer Institution geworden. Es ist wohl das noch einzig existierende Frauenforum aus der „Frauenforumszeit“ der 90er Jahre im Kanton St. Gallen.

Weitere Informationen sind zu finden unter
www.frauenforum-rheintal.ch.

14.07.2017 **Willi Bernhard**

Non-refoulement-Prinzip

Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention enthält das Verbot, einen Flüchtling i. S. des Art. 1 der Konvention "auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten auszuweisen oder zurückzuweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde". Dieses völkerrechtlich geregelte Ausweisungs- und Zurückweisungsverbot wird international als **Prinzip des non-refoulement** bezeichnet.

Wikipedia

Deutschland

Ferner:

Endlich! Gleiche Liebe erhält gleichen Respekt!

Zum heutigen Beschluss der Öffnung zivilrechtlicher Ehe für gleichgeschlechtliche Paare erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), Elke Ferner:

Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist eine langjährige Forderung der ASF und der SPD. Dieser Beschluss war längst überfällig. In 14 europäischen Ländern ist die Ehe für alle bereits gelebte Realität.

Bei allen gleichstellungsrelevanten Themen hat die Union in dieser Legislaturperiode wichtige Gesetzesvorhaben blockiert, so auch die Ehe für alle.

Deshalb ist es gut, dass heute die Abgeordneten des Deutschen Bundestages frei nach ihrem Gewissen abstimmen konnten und die zivilrechtliche Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet wurde.

Allerdings ist es völlig unverständlich, dass selbst diejenigen von CDU und CSU, die in der Sache zugestimmt haben, gegen die Aufsetzung des Gesetzentwurfs gestimmt haben. Das ist scheinheilig und verlogen.

Die SPD-Frauen freuen sich, dass durch die Vertagung der Gesetzentwürfe im Rechtsausschuss überhaupt noch ein Gesetzentwurf zur Abstimmung gestellt werden konnte.

Die heute beschlossene Öffnung der Ehe ist ein toller Erfolg für die SPD-Bundestagsfraktion zum Ende der Legislaturperiode und zeigt noch einmal deutlich, dass nur mit der SPD und Martin Schulz eine fortschrittliche Gleichstellungspolitik möglich ist. Ich bin stolz, dass ich mit meinem „Ja“ heute dafür sorgen konnte, dass nun auch endlich in Deutschland gilt: Dort wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen und füreinander eintreten wollen, ermöglicht es ihnen der Staat auch.

Berlin, 30. Juni 2017

SPD Presseservice
<pressestelle@spd.de>

SPD Baden-Württemberg

Baden-Württemberg
VERTRETUNG DES LANDES
BEIM BUND

Newsletter

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Baden-Württemberg

SPD

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Bilder des **G20-Gipfels** vom vergangenen Wochenende stecken uns allen noch in den Knochen. Spätestens mit der Regierungserklärung von Olaf Scholz am Mittwoch hat die politische Aufarbeitung der Gewalteskalation begonnen. Mich befremdete in den vergangenen Tagen so manche Diskussion in den Medien und den sozialen Netzwerken - und die wahltaktischen Manöver von CDU und CSU brachten mich zuweilen auf die Palme.

Eines sollte vollkommen und unmissverständlich klar sein: Die SPD verurteilt die Gewaltexzesse in Hamburg. Für sie gibt und darf es keine Rechtfertigung geben. Die Bilder von brennenden Autos, Zerstörungen und Plünderungen überlagern bis heute jede legitime Kritik am Gipfel selbst, übertünchen seine Ergebnislosigkeit und erschweren differenzierte Diskussionen über den Umgang mit Journalist*innen, aber zum Teil auch mit friedlichen Demonstrierenden.
Das ist nicht nur schade, sondern sollte ein Alarmzeichen sein. Unser Aussenminister **Sigmar Gabriel** hat es in einem Namensartikel auf den Punkt gebracht. Ihr findet ihn hier.

Eure Luisa

3-1-2":

Leni Breymaier auf Tour

Mit ihrer "3-1-2-Aktion" tourt unsere Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin **Leni Breymaier** ab jetzt durch Städte und Gemeinden in ganz Baden-Württemberg.
Das Konzept ist klar: Drei Minuten hört Leni Breymaier den Bürger*innen zu, eine Minute antwortet sie und zwei Minuten wird abschließend diskutiert.
Hier findet ihr das Ankündigungsplakat. Den Ankündigungsfilm gibt es hier. Gerne könnt ihr den Film für eure Aktion vor Ort personalisieren lassen. Wendet euch dazu an: dennis.eidner@spd.de

Die nächsten Termine findet ihr auf Lenis Homepage.

Europa:

Landes-SPD fordert stärkeres Engagement

Breymaier:

„Nur wenn es Europa gut geht, geht es auch Baden-Württemberg gut“

Die SPD spricht sich für ein stärkeres Engagement Baden-Württembergs für ein vereintes Europa aus. „Nur wenn es Europa gut geht, geht es auch Baden-Württemberg gut. Nur wenn Europa stark bleibt, bleibt auch Baden-Württemberg stark. Nur wenn wir ein soziales Europa bekommen, bleiben auch in Baden-Württemberg Wohlstand und Arbeitsplätze erhalten“, betonte die SPD-Landesvorsitzende Leni Breymaier auf einer Pressekonferenz mit den Europaagbeordneten **Evelyne Gebhardt** und **Peter Simon** in Stuttgart. Den ganzen Artikel findet ihr hier.

CSD in Stuttgart und Mannheim

Dem Druck der SPD und dem Engagement von **Martin Schulz** ist es zu verdanken, dass die **Ehe für alle** endlich umgesetzt wurde. Bei den Paraden am CSD in Stuttgart und Mannheim werden wir diesen Erfolg gemeinsam feiern!

Die Anfeindungen und Diskriminierungen in der Debatte der letzten Wochen haben aber gezeigt, wie wichtig es ist, auch weiterhin ein deutliches Zeichen für eine offene und tolerante Gesellschaft zu setzen: Wir zeigen Flagge!

Stuttgart: **Samstag, den 29. Juli, ab 14.00 Uhr**
Treffpunkt: Böblinger Straße, zwischen Ernst-Schöttle-Platz und Marienplatz.

Mannheim: **Samstag, den 12. August, ab 13.30 Uhr**
Treffpunkt: K1, vor dem ehemaligen Mömax.

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Andreas Reißig **Wilhelmsplatz 10** **70182 Stuttgart**
Deutschland **andreas.reissig@spd.de**

Südwürttemberg
Region Bodensee-Oberschwaben:

MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHEN RAUM UND VERBRAUCHERSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG
Postfach 10 34 44 70029 Stuttgart
E-Mail: poststelle@mlr.bwl.de
FAX: 0711/126-2255 oder 2379 (Presse)

Datum: 09.06.2017
Name: Dehus
Durchwahl: 0711 126-2288
AZ: Z(26)-0141.5/156F
(Bitte bei Antwort angeben)

nachrichtlich:

Staatsministerium
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Antrag der Abg. Reinhold Gall u.a. SPD
- Förderung und Entwicklung der Aquakultur am Bodensee
- Drucksache 16/2067

Ihr Schreiben vom 18. Mai 2017

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz nimmt im Einvernehmen mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. inwieweit die Aquakultur im See mittels Netzgehegen und in Behältern in der Nähe des Sees von der Landesregierung jeweils wirtschaftlich und ökologisch bewertet wird;

Zu 1.:
Am Bodensee werden aufgrund der gesunkenen Fangerträge derzeit 500 bis 600 Tonnen Coregonen (Felchen, Renken, Maränen) importiert und am See als Felchen verkauft. Diese Menge könnte in Aquakultur regional großgezogen werden.

Eine Erzeugung von Bodenseefelchen in Netzgehegen im See ist nach bisherigen Berechnungen im Vergleich zu den Importpreisen bei Felchen aus Italien, Kanada oder anderen Ländern wirtschaftlich darstellbar. Im Dialogforum „See und Fisch“ der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) (2016) wurde die Produktionskosten pro kg Felchen in Kreislaufanlagen an Land mit 6-7 €/kg und in Netzgehegen mit 5,5 bis 6,5 €/kg beziffert. Weltweit gibt es jedoch trotz relevanter Versuche und Anstrengungen noch keine kommerziell erfolgreiche Produktion von Felchen in geschlossenen Anlagen. Daher ist die Wirtschaftlichkeit einer Felchenerzeugung in Becken an Land (Kreislaufanlage) deshalb hinsichtlich Investitions- und Betriebskosten sowie des Ausfallrisikos näher zu untersuchen.
Aus Sicht der Landesregierung ist eine abschließende Bewertung der ökologischen Auswirkungen auf den Bodensee erst nach Abklärung derzeit offener Fragen möglich. In der Antwort zu Frage 5 wird darauf näher eingegangen.

2. welche Forschungsprojekte derzeit laufen, bereits abgeschlossen oder in Vorbereitung sind, um die Aquakultur so weiterzuentwickeln, dass sie wirtschaftlich attraktiv und ökologisch unbedenklich betrieben werden kann;

Zu 2.:
Die Fischereiforschungsstelle in Langenargen (FFS) des Landwirtschaftlichen Zentrums forschte von Mai 2011 bis März 2015 an dem Thema „Einführung von Felchen in die Aquakultur“. Das Projekt wurde durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gefördert und zusammen mit der Staatlichen Fischbrutanstalt Langenargen als Projektpartner durchgeführt. Im Vordergrund

standen Fragen zur Haltung der Tiere, zur Krankheitsprophylaxe, zur Belastung des Wassers und zur Produktqualität. Durch vorangegangene und parallel zu diesem Forschungsprojekt durchgeführte Studien zur Umweltentlastung und zum Tierwohl in der Forellenproduktion hatte sich die FFS eine international anerkannte Expertise erworben. Dieses Wissen und diese Erfahrung waren von Vorteil, um die Fütterung, Tierhaltung und Wasserreinhaltung auch in der Felchenerzeugung zu optimieren.

Außerdem wurde 2013 eine Marktstudie (Produkt & Markt Agribusiness Consulting, Marktsituation für Bodensee-Felchen (Coregonen) aus Baden-Württemberg) in Auftrag gegeben und abgeschlossen.

Diese Analyse bestätigte den geringen Selbstversorgungsgrad mit Felchen aus dem See und zeigte die wirtschaftlichen Möglichkeiten einer Felchenerzeugung auf. Ein 2014 durchgeführtes Expertenaudit der FFS zusammen mit norwegischen Wissenschaftlern, die weltweit innovative Aquakulturprojekte begleiten, unterstrich die wirtschaftliche und technische Umsetzbarkeit einer Felchenerzeugung in Netzgehegen im Bodensee-Obersee. Derzeit werden, basierend auf den Forschungsergebnissen zu den Felchen des Bodensees, in der Fischbrutanstalt junge Sandfelchen zu einem Elterntierstamm aufgezogen. Die Nachkommen dieser Fische können als Besatzmaterial für zukünftige Netzgehege dienen.

3. an wie vielen und welchen bereits bekannten Orten im Bodensee Aquakulturstandorte geplant sind;

Zu 3.:
Zur Erzeugung von 500 bis 600 Tonnen Felchen wären 12 Netzgehege an zwei Standorten mit insgesamt circa 3800 Quadratmeter Fläche notwendig. Aufgrund der Wassertiefe, der Strömungsverhältnisse und der Windexposition wurden zwei Standorte im Überlinger See von der FFS in Betracht gezogen. Mehr als 12 Netzgehege sind nach bisherigem Kenntnisstand nicht erforderlich.

4. inwieweit dabei auch die Einrichtung von Aquakultur im Bereich der Bodenseewasserversorgung bei Sipplingen geplant ist und wie der Zielkonflikt Fischproduktion und Trinkwassergewinnung insgesamt im Bodensee und insbesondere dort beurteilt wird;

Zu 4.:
Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Daher hat der Trinkwasserschutz bei der Einrichtung von Aquakulturanlagen erste Priorität.

Sollte eine Aquakulturanlage im See errichtet werden, müsste ein umfassendes Monitoring durch unabhängige Stellen durchgeführt werden, um zu vermeiden, dass die Trinkwasser-qualität durch eine Anlage beeinträchtigt wird. Bei einem Standort im Überlinger See müssten mögliche Auswirkungen auf Trinkwassernutzungen untersucht und deren Ergebnis dargestellt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft Wasserwerke Bodensee-Rhein (AWBR) hat sich mit der möglichen Errichtung einer Aquakulturanlage im See befasst und steht dem Vorhaben kritisch gegenüber.

Darüber hinaus lehnt sie ein gezieltes Phosphat-Management ab, um den Nährstoff gehalt im Bodensee anzuheben und höhere Fangerträge insbesondere bei Felchen zu ermöglichen.

5. welche Position zur Aquakultur im Bodensee die anderen Bodenseeanrainerstaaten, der Berufsfischereiverband, der Angelsportverband und das limnologische Institut Konstanz nach ihrer Kenntnis einnehmen;

Zu 5.:
Die Vorstände der Berufsfischerverbände vom Bodensee-Obersee haben über die Presse und durch einen offenen Brief signalisiert, dass sie sich gegen eine Felchen-Aquakultur aussprechen. Allerdings verknüpfen sie diese Haltung mit der Hoffnung, dass der Phosphat-Gehalt im Bodensee angehoben werden könnte. Die baden-württembergischen Vertreter der Angelfischerei lehnen eine Aquakultur ab und begründen diese Ablehnung unter anderem mit einer schädlichen Massentierhaltung und einer möglichen Beeinträchtigung ihres Hobbys.

Die in der Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) vertretenen Bodenseeanrainerstaaten haben bei ihrer Kommissionstagung am 15./16.05.2017 die folgende Positionierung veröffentlicht:
„Aufgrund der vorhandenen Risiken und Einwirkungen auf den See nimmt die IGKB eine sehr kritische Haltung zum Thema Aquakultur ein.

Eine abschließende fachliche Bewertung der IGKB ist derzeit auf Grundlage der vorhandenen Informationen und Unterlagen nicht möglich. Einige für die Beurteilung relevanten Informationen fehlen. Nicht geklärt sind insbesondere die ökologischen Auswirkungen auf den Bodensee im Nahbereich der Aquakulturanlage. Wie entwickeln sich Trübung, Nährstoff- und Keimzahl im unmittelbaren Umfeld der Netze, welche Auswirkungen gibt es auf den Seeboden hinsichtlich Sauerstoffzehrung und Sedimentation? In welcher Entfernung sind die Belastungen merkbar?

Derzeit ist auch nicht absehbar, wie sich die Aquakulturen auf die Trinkwassernutzung auswirken. Zudem verweist die IGKB auf die beim IBK-Dialogforum angesprochene Alternativenprüfung zur Felchenproduktion mit Seewasser an Land.

Insgesamt wird eine sehr kritische Haltung zum Thema Aquakultur im See eingenommen. Die IGKB sieht derzeit aber keinen Bedarf für eine weitere fachliche Prüfung. Sie verweist auch auf die Inhalte des IBK-Dialogforums, wonach eine Aquakultur in die Strukturen der Berufsfischerei eingebunden sein sollte. Ebenso verweist sie auf die mehrheitlich klar ablehnende Haltung der Berufsfischereiverbände am Bodensee.

Weiters erwähnt die IGKB die alternativen Möglichkeiten der Aquakultur mit Seewasser an Land, deren Einflüsse auf die Wasserqualität des Sees durch Reinigung ihrer Abwässer nach dem Stand der Technik minimiert werden können. Aufgrund des aktuellen Kenntnis-standes hält die IGKB an dem in den Bodenseerichtlinien festgelegten Verbot von Netzgehege-Anlagen im Bodensee (4.5 der Bodenseerichtlinien 2005) fest.

Eine weitere Beurteilung wird erst nach Vorliegen eines konkreten Vorhabens erfolgen. Die Internationale Bevollmächtigtenkonferenz für die Bodenseefischerei (IBKF) wird das Thema auf ihrer Tagung am 20. und 21. Juni 2017 behandeln. Positionen anderer Institutionen oder Anrainerländer und -kantone sind nicht bekannt.

Obwohl sich die Berufsfischerverbände vom Bodensee-Obersee in der öffentlichen Darstellung gegen eine Felchenaufzucht im See positioniert haben, will sich eine Reihe von Berufsfischern vom Bodensee-Untersee und –Obersee an einer Aufzucht von Felchen in Netzgehegen beteiligen. Diese Betriebe sehen ihre Zukunft und wirtschaftliche Basis stark gefährdet, wenn keine Alternativen zur bisherigen Fischerei im See geschaffen werden können.

6. welches Problem insbesondere Fischfuttergaben, Medikamente, Impfungen, andere Hilfsstoffe und das Reinigen der Netze ökologisch und für das Trinkwasser darstellen können und wie diesen Problemen entgegengewirkt wird;

Zu 6.:
Für die Erzeugung von einer Tonne Felchen werden circa 1,5 Tonnen Futter benötigt. Pro Tonne Futter werden circa 0,8 Kilogramm bioverfügbarer Phosphor oder 4 Kilogramm Gesamt-Phosphor freigesetzt (Daalsgard & Pedersen 2011, Aquaculture 313). Bei einer Jahreserzeugung von 500 Tonnen und einem Futtereinsatz von 750 Tonnen gelangen circa 0,6 Tonnen bioverfügbarer Phosphor oder 3 Tonnen Gesamt-Phosphor in das Wasser. Bei einem derzeitigen Gesamt-Phosphoreintrag von 1500 Tonnen sowie einem Eintrag von 200 Tonnen gelöstem Phosphor in den Bodensee-Obersee (IGKB, Limnologischer Zustand des Bodensees 2011) würde sich demnach der Eintrag an Gesamt-Phosphor um 0,2 Prozent und der Eintrag von biologisch verfügbarem Phosphor um 0,3 Prozent erhöhen.

Im Vergleich zur möglichen Eintragsmenge von 3 Tonnen Gesamt-Phosphor durch eine Felchenaufzucht im See wurden aus den 17 am See liegenden Kläranlagen im Jahr 2014 insgesamt 20,1 Tonnen und im Jahr 2015 insgesamt 17,5 Tonnen Phosphor in den See eingetragen (IGKB, Limnologischer Zustand des Bodensees 2014/2015).

Die beschriebenen Phosphor-Mengen beziehen sich allerdings auf das gesamte Volumen des Bodensees und bedürfen, wie in der Antwort zu Frage

Nr. 5 ausgeführt, weiterer Untersuchungen zur Abschätzung der lokalen Verhältnisse im Umfeld der Anlage.

Die Felchen können während der Aufzucht zu Setzlingen, die in einer Anlage an Land durchgeführt werden würde, gegen bestimmte Krankheiten geimpft werden. Vor dem Einsetzen in die Netzgehege würden die Fische gegen Furunkulose, die durch das Bakterium *Aeromonas salmonicida ssp. Salmonicida* ausgelöst wird, geimpft. Ein Einsatz von Arzneimitteln in den Netzgehegen ist nicht vorgesehen.

Chemikalien, wie zum Beispiel Anti-Fouling-Mittel, werden nicht eingesetzt. Die Netze können zur Reinigung ausgehängt und an Land gereinigt werden.

7. wie die Herstellung von dafür benötigtem Fischfutter erfolgt und ökologisch bewertet wird;

Zu 7.:
In dem von der FFS durchgeführten Forschungsprojekt wurden die Felchen mit handelsüblichen modernen Forellenfuttern gefüttert. Diese sind kontrolliert und zertifiziert. Durch die hohe Verdaulichkeit des Futters und die geringen Futterverluste sind die ökologischen Auswirkungen auf die Umgebung als sehr gering einzustufen.

In den letzten zwei Jahrzehnten sind die Anteile mariner Rohstoffe (Fischmehl und Fischöl) im Futter für Lachs und Forellen kontinuierlich gesunken. Ein Großteil der Futterrohstoffe ist heute pflanzlichen Ursprungs. In Forellenfuttern sind nur noch Fischmehlanteile von unter 10 Prozent und etwa 4 Prozent Fischöl enthalten (Ytrestøyl et al. 2015, Aquaculture 448).

8. inwieweit es ein Problem darstellt, wenn gebietsfremde Fischarten genutzt werden, die sich genetisch mit den heimischen Tieren kreuzen können;

Zu 8.:
Es sind nur Fische für die Netzgehege vorgesehen, die von Elterntieren aus dem Bodensee abstammen. Daher ist auch bei einem eventuellen Entweichen der Fische die Gefahr einer relevanten genetischen Verfälschung nicht gegeben.

9. wie das Risiko der Übertragung und Ausbreitung von Fischkrankheiten im Zusammenhang mit der Aquakultur bewertet wird;

Zu 9.:
Das Risiko der Übertragung von Fischkrankheiten über Fische aus Aquakultur in das Ökosystem kann durch Auswahl gesunder untersuchter Fische deutlich reduziert werden. So sollen die Felchen vor dem Besatz der Netzgehege gegen Furunkulose geimpft wer-den. Dadurch wird das Risiko minimiert, dass die Fische im Netzgehege an diesem bakteriellen Erreger erkranken. Während der Aufzucht zu Setzlingen in einer Anlage an Land und während der Aufzucht zum Speisefisch ist eine fachtierärztliche Betreuung notwendig. Die Fische werden molekularbiologisch und virologisch auf Fischseuchenerreger untersucht. Dadurch kann ausgeschlossen werden, dass Fischseuchenerreger oder Parasiten in den Bodensee gelangen.

Im oben genannten mehrjährigen Forschungsprojekt der FFS wurde die Vakzine getestet, die Wirksamkeit nachgewiesen und die Fische hatten einen erhöhten Antikörpertiter. Andere Krankheiten traten nicht auf.

10. welche Bedingungen und Voraussetzungen erfüllt werden müssen, um Aquakultur überhaupt und insbesondere am und im Bodensee zu betreiben.

Zu 10.:
Nach den Bodenseerichtlinien von 2005, die 2014 angepasst wurden, ist eine Aquakultur im Bodensee nicht erlaubt. Eine Ausnahme von dieser Richtlinie müsste bereits für die beabsichtigte Errichtung und den Betrieb einer Pilotanlage erfolgen, für den regulären Betrieb einer solchen Anlage müssten die Richtlinien entsprechend angepasst werden.

Darüber hinaus sind Errichtung und Betrieb einer konkreten Aquakulturanlage nach Wasserrecht zulassungspflichtig. Ggfs. wird sich im wasserrechtlichen Zulassungsverfahren zeigen, welche Auswirkungen das Vorhaben auf die Umwelt und insbesondere auf das Gewässer und die Gewässereigen-

schaften hat, und ob bzw. unter welchen Randbedingungen das Vorhaben zulässig ist.

Dabei hat die zuständige Behörde auch zu entscheiden, ob eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung mit einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen ist.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

gez. Grit Puchan

Der Antrag an den

Landtag von Baden-Württemberg Drucksache 16/
16. Wahlperiode

Antrag
der Abg. Martin Rivoir u. a. SPD

Ausbau der Bodenseegürtelbahn

Veröffentlicht in Roter Seehas Nr. 179

wurde am 13.07.2017 mit einer Stellungnahme des Verkehrsminister Winfried Hermann beantwortet

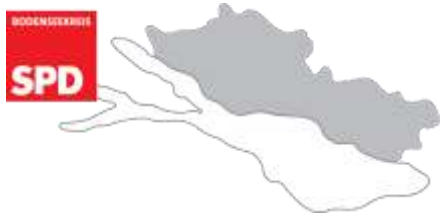
Leider ist das dem Seehas übermittelte Schreiben in einem nicht kopierbaren Format übermittelt worden.

Im Mailanhang kann die Datei geöffnet und gelesen werden:

„Stellungnahme VM 2218.pdf“

Die Redaktion

SPD - Kreisverband
Bodenseekreis



SPD Kreistagsfraktion beantragt Expertenanhörung zu Felchen Aquakultur im Bodensee

Zur Erzeugung von 500 bis 600 Tonnen Felchen in 12 Netzgehegen an zwei Standorten wäre eine Fläche von circa 3800 Quadratmeter notwendig, teilt das Ministerium für Ländlichen Raum auf eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion mit. Angeregt wurde der Antrag durch die SPD-Kreistagsfraktion Bodenseekreis. Aufgrund der Wassertiefe, der Strömungsverhältnisse und der Windexposition wurden konkret zwei Standorte im Überlinger See in Betracht gezogen. Dagegen hatte sich erst jüngst der Überlinger Gemeinderat ausgesprochen.

Auch die Vorstände der Berufsfischerverbände vom Bodensee-Obersee sind gegen eine Felchen-Aquakultur im Bodensee, ebenso die baden-württembergischen Vertreter der Angelfischerei, musste das Ministerium einräumen. Die Ablehnung wird unter anderem mit einer schädlichen Massentierhaltung und einer möglichen Beeinträchtigung ihres Hobbys begründet.

Das Ministerium teilt weiter mit, dass auch die in der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) vertretenen Bodenseeanrainerstaaten bei ihrer Kommissionstagung insgesamt eine sehr kritische Haltung zum Thema Aquakultur im See eingenommen haben. Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Norbert Zeller sieht sich darin bestätigt, dass Netzgehege im Bodensee nicht erlaubt werden dürfen. Die IGKB verweist zwar darauf, dass eine fachliche Bewertung derzeit auf Grundlage der vorhandenen Informationen und Unterlagen nicht möglich sei, da einige für die Beurteilung relevanten Informationen fehlen, insbesondere die ökologischen Auswirkungen auf den Bodensee im Nahbereich der Aquakulturanlage. Wie entwickeln sich Trübung, Nährstoff- und Keimzahl im unmittelbaren Umfeld der Netze, welche Auswirkungen gibt es auf den Seeboden hinsichtlich Sauerstoffzehrung und Sedimentation? In welcher Entfernung sind die Belastungen merkbar?

Derzeit ist auch nicht absehbar, wie sich die Aquakulturen auf die Trinkwassernutzung auswirken. Auch die Arbeitsgemeinschaft Wasserwerke Bodensee-Rhein (AWBR) hat sich mit der möglichen Errichtung einer Aquakulturanlage im See befasst und steht dem Vorhaben kritisch gegenüber, so das Ministerium. Zwar könne das Risiko der Übertragung von Fischkrankheiten über Fische aus Aquakultur in das Ökosystem durch Auswahl gesunder Fische deutlich reduziert werden, schreit das Ministerium, „aber eine Reduzierung ist eben keine Vermeidung“, so Zeller.
Als Alternative zum Netzgehege im Bodensee erwägt die IGKB Möglichkeiten Aquakultur mit Seewasser an Land, deren Einflüsse auf die Wasserqualität des Sees durch Reinigung ihrer Abwässer nach dem

Stand der Technik minimiert werden können. Aufgrund des aktuellen Kenntnisstandes hält die IGKB an dem in den Bodenseerichtlinien festgelegten Verbot von Netzgehege-Anlagen im Bodensee fest. Eine Ausnahme von dieser Richtlinie müsste bereits für die beabsichtigte Errichtung und den Betrieb einer Pilotanlage erfolgen, für den regulären Betrieb einer solchen Anlage müssten die Richtlinien entsprechend angepasst werden.

Die Fischereiforschungsstelle in Langenargen (FFS) forschte von Mai 2011 bis März2015 an dem Thema „Einführung von Felchen in die Aquakultur“. Im Vordergrund standen Fragen zur Haltung der Tiere, zur Krankheitsprophylaxe, zur Belastung des Wassers und zur Produktqualität. Ein 2014 durchgeführtes Expertenaudit der FFS zusammen mit norwegischen Wissenschaftlern, die weltweit innovative Aquakulturprojekte begleiten, unterstrich die die wirtschaftliche und technische Umsetzbarkeit einer Felchenerzeugung in Netzgehegen im Bodensee-Obersee, betont das Ministerium. „Dass Netzgehege im See technisch und wirtschaftlich machbar sind, wird nicht bestritten“, so Zeller. „Die entscheidende Frage ist doch, ob sie ökologisch verantwortbar sind“. Die klare Ablehnung zahlreicher Gremien und Experten lasse nur einen Schluss zu, „Aquakulturanlagen im Bodensee haben nichts zu suchen“.

Friedrichshafen, 07.07.2017 **Norbert Zeller**
Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Bodenseekreis

KREISTAGSFRAKTION

SPD fordert von Verkehrsminister Hermann mehr Engagement beim Ausbau der Bodenseegürtelbahn

„Die SPD in der Bodenseeregion fordert von der Landesregierung mehr Engagement beim Ausbau der Bodenseegürtelbahn“ stellen **Norbert Zeller** (SPD-Fraktionsvorsitzender) und **Dieter Stauber** (SPD-Kreisvorsitzender) nach der Stellungnahme des Verkehrsministers Winfried Hermann auf einen Antrag des Ulmer Landtagsabgeordneten und stv. Fraktionsvorsitzenden, Martin Rivoir fest.

Gefragt, welche konkreten Schritte die Landesregierung bereits unternommen habe, um den Ausbau der Bodenseegürtelbahn über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz des Bundes zu realisieren, verweist Hermann darauf, dass die Region als Vorhabenträger zunächst einen Förderantrag beim Land stellen muss. „Zuvor muss sie in enger Abstimmung mit DB Netz (Vor-)Planungen erarbeiten (lassen), die den Maßnahmen- und den Kostenumfang definieren“, so Hermann. Erst dann sei die Prüfung eines Antrags möglich. Das Land wolle aber den Vorhabenträger, also die Region „mit großem Wohlwollen unterstützen und begleiten“.

Nach Auffassung der SPD stiehlt sich Hermann damit ein Stück weit aus der Verantwortung. Zwar sei klar, dass zur Realisierung der Elektrifizierung sowie weiterer Infrastrukturmaßnahmen „eine kommunale Mitfinanzierung zwingend erforderlich“ ist, jedoch höre sich das so an, als ob das Projekt hauptsächlich an den Kommunen hängen bleiben wird. Die Mehrkosten im Betrieb, welche im Rahmen des Vorzugskonzepts entstehen, sollen ebenfalls von der Region getragen werden, „da die dort vorgesehenen Verkehrsleistungen über den Landestandard hinausgehen.“

Die SPD in der Bodenseeregion und im Land fordern den Verkehrsminister auf, sich jetzt endlich mit voller Kraft für den raschen Ausbau der Bodenseegürtelbahn einzusetzen.

Zugesagt hat Hermann, den Ausbau des Bahnhofs Überlingen-Mitte im Hinblick auf die Landesgartenschau 2020 gegebenenfalls mit Strafmitteln aus dem Verkehrsvertrag zu prüfen, sobald konkrete Planungen vorliegen. Die Frage für Zeller und Stauber ist nur, wer nun konkret in die Planungen einsteigen wird.

Als untaugliches Trostpflaster bezeichnet die SPD die Aussage Hermanns, dass die Bodenseegürtelbahn derzeit nicht zu den größten Problemstrecken im Land zähle. Die vielen Pendler und Bahnbenutzer werden damit nicht

zufrieden sein können, auch wenn eingeräumt wird, dass „die Betriebsqualität weiterhin verbesserungswürdig“ sei. Die Landesregierung prüfe deshalb derzeit Maßnahmen, die eine Entspannung bewirken könnten. Welche dies sind wird allerdings nicht ausgeführt. In der Stellungnahme der Landesregierung gebe es viele wohlklingende, jedoch eher unverbindliche Aussagen und wenig Konkretes, kritisiert abschließend der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Martin Rivoir.

Friedrichshafen, 19.07.2017 **Norbert Zeller**
Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Bodenseekreis

LEON HAHN

JUNGE POLITIK FÜR DEN BODENSEE

Foto: jusos-bw.de

MEHR ÜBER MICH

Seit je her darf ich in unserer wunderschönen Region leben und aktiv sein.

Ich bin hier am Bodensee geboren und aufgewachsen, habe in Überlingen meine Schule und in Friedrichshafen mein Studium abgeschlossen. Hier erfahren Sie mehr über mich.

MEIN WERDEGANG

- Geboren am 29.04.1991 in Salem-Beuren
- Abitur in Überlingen 2010
- Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen 2012 bis Anfang 2017
- Abschluss BA in Corporate Management & Economics im Januar 2017
- Mitarbeiter des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Christian Lange MdB
- Landesvorsitzender der Jusos Baden-Württemberg

POLITISCHE LAUFBAHN

*Ich habe es bereits früh als **Verantwortung** und Aufgabe für uns alle verstanden, dass wir uns umeinander kümmern müssen. Diese **Gesellschaft** baut darauf auf, dass wir uns in unserer **Demokratie** einbringen. Jeder einzelne kann etwas bewirken – man muss es nur tun*

- Seit 2015
  Landesvorsitzender der Jusos Baden-Württemberg
- Seit 2015
  Delegierter des Bundespartei-Konvents der SPD
- Seit 2013
  Bundesparteitagsdelegierter der SPD
- 2012 – 2015
  Stellv. Landesvorsitzender der Jusos Baden-Württemberg
- Seit 2011
  Mitglied des SPD-Kreisvorstands der SPD Bodenseekreis
- 2010-2012
  Kreisvorsitzender der Jusos Bodensee

MEINE AKTIONEN

JETZT WOHNZIMMERGESPRÄCH MIT LEON VEREINBAREN

„Ich will mit den Menschen hier ins Gespräch kommen. Schlagen Sie mir einen Termin vor – und ich komme gerne bei Ihnen zu einem Wohnzimmergespräch vorbei:

Jetzt für ein Wohnzimmergespräch eintragen:

http://leon-hahn.de/wohnzimmer/

MEINE THEMEN:

WOHNUNGEN

„Der Bodensee braucht dringend mehr bezahlbare Wohnungen. Für mich gilt bei diesem akuten Mangel: Familienwohnungen vor Ferienwohnungen“

MEHR WOHNUNGEN FÜR DEN BODENSEE

Bei uns am Bodensee herrscht akuter Mangel an Wohnungen. Für mich gilt dabei: Familienwohnungen vor Ferienwohnungen.

Mehr erfahren: http://leon-hahn.de/wohnungen/

MEINE STANDPUNKTE

Immer mehr Menschen brauchen öffentliche Unterstützung, um ein Dach über dem Kopf zu haben. Wenn Menschen inkl. Nebenkosten bis zur Hälfte und mehr ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen, hindert sie das

an der Teilhabe am Leben. Hier muss die Politik reagieren. Ich will mich für diese Menschen einsetzen und kämpfen für

- Eine deutliche **Ausweitung der Mittel für den Bau von Sozial-**
- **wohnungen**
- Eine **Ausweitung der Möglichkeiten für Kommunen, Quoten für Miet- und Sozialwohnungen festzulegen**
- Eine **Wiedereinführung des Wohngeldes**
- Die **Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit von Wohnungsbaugenossenschaften**.

Wohnen ist öffentliche Aufgabe, gerade hier im Bodenseeraum.

MEHR BEZAHLBARER WOHNRAUM

Wohnungsbaupolitik ist ein komplexes Feld. Wir brauchen eine Vielzahl an Maßnahmen, die gut aufeinander abgestimmt sein müssen, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Deshalb fordere ich:

- Ein **Zwecksentfremdungsverbot**. Wir brauchen dringend bezahl-
- baren Wohnraum, keine Ferienwohnungsanlagen.
- Eine Ausweitung der **Direktförderung für sozialen Wohnungs-**
- **bau**, da zinsgünstige Kredite aktuell nicht mehr greifen
- Eine konsequente Anwendung der **Mietpreisbremse**. Diese ist der richtige Weg, wenn es vor Ort Mietspiegel gibt und die Menschen wissen, wie sie ihr Recht durchsetzen können. Verstöße müssen schärfer bestraft und Kontrollen ausgeweitet werden.
- Eine **Lockerung der Regelungen für die Vergabe von Bauflächen**, damit Kommunen mehr Baufläche ausweisen können.

WOHNEN IN DER TOURISMUSREGION

Der Tourismus hat bereits jetzt einen großen Anteil an der Stärke der Bodenseeregion. Wir müssen daher Hotels und Gaststätten stärken und für einen attraktiven Tourismus kämpfen. In Zeiten akuten Wohnungsmangels ist es nicht tragbar, dass Wohnungen leerstehen, während Mietpreise explodieren und Ortsansässige nicht genügend Wohnungen finden. Deshalb muss gelten:

- **Familienwohnungen vor Ferienwohnungen!**

BISHER ERREICHT

Die SPD hat in der Bundesregierung erfolgreiche Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum eingeleitet. So werden unter anderem viele Geringverdienende, Familien und Rentner nun noch mehr bei den Mietkosten entlastet, durch:

- **350.000 neue Wohnungen, davon 80.000 Sozialwohnungen**
- **Verdreifachung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau** auf
- 1,5 Milliarden Euro pro Jahr
- **Erhöhung des Wohngeldes**
- **90.000 Menschen zusätzlich, die nun Anspruch auf Wohngeld**
- **haben**

Mehr in der nächsten Ausgabe **die Redaktion**

Quelle: http://leon-hahn.de/

SPD Ortsverein Ailingen

SPD-Gemeinderatsfraktion stimmt für die Änderung des Bebauungsplans "Ettenkirch Süd"

Wie bereits in der Sitzungsvorlage 2017 / V 00153 "Zuschuss an den SV Ettenkirch e.V. für den Bau eines Vereins- und Gesundheitscenters mit integriertem Bürgersaal" beschrieben, beabsichtigt der SV Ettenkirch ein SV Ettenkirch-Center mit Gesundheitszentrum, Bürgersaal und Außenumkleidekabinen zu bauen. Bisher wurde dafür die Ludwig-Roos-Halle genutzt.
Aufgrund deutlich gestiegener Mitgliedszahlen in den letzten Jahren ist jedoch das bisherige Gesundheitszentrum zu klein geworden. Ebenfalls möchte man die bestehende Abhängigkeit des Gesundheitszentrums und der Abteilung Fußball von den Schließzeiten und Veranstaltungen der Ludwig-Roos-Halle durch einen eigenen Bau aufheben.

Das neue Gebäude soll nebendies auch eine Versammlungsstätte von rund 120 Sitzplätzen enthalten, welche in einer solchen Größe momentan in Ettenkirch nicht gegeben ist.

Da der bisherige Bebauungsplan kein überbaubares Fenster für die Planungen bereitstellt, soll eine Änderung des Bebauungsplans erfolgen. Ein Umweltbericht ist aufgrund der Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verfahren nicht erforderlich.
Weiteres Verfahren: Der Entwurfsbeschluss soll voraussichtlich November 2017 und der Satzungsbeschluss Anfang 2018 erfolgen.
(Aus dem Newsletter der SPD-Gemeinderatsfraktion:
http://www.portal.spd-fn.de/fraktion-spdfn/
16.07.2017 in Kommunalpolitik

SPD Gemeinderatsfraktion stimmt für Neubau des SV Ettenkirch

Der SV Ettenkirch stellte mit Schreiben vom 10.08.2016 einen Zuschussantrag für das geplante Bauvorhaben „Neubau eines Vereins- und Gesundheitscenters mit integriertem Bürgersaal“.
Die Verwaltung empfiehlt in ihrem Beschlussantrag, dem SV Ettenkirch vorbehaltlich der Haushaltsmittelbereitstellung 2018 für das geplante Vereins- und Gesundheitszentrum gemäß den gültigen Sportförderrichtlinien einen einmaligen Baukostenzuschuss der Zeppelin Stiftung in Höhe von max. 733.489,40 € (35% der zuschussfähigen Kosten) zu gewähren. Dem SV Ettenkirch soll vorbehaltlich der erforderlichen Änderung des Bebauungsplans für das Vorhaben das Wunschgrundstück süd-westlich der Ludwig-Roos-Halle im Rahmen eines Erbbaurechts zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung soll ermächtigt werden, dem SV Ettenkirch den Rückkauf des bisherigen SVE-Centers zum Preis von 86.000 € anzubieten und bei Zustimmung den Kauf zu vollziehen.
Das bisherige SVE-Center soll im Anschluss in die Nutzung des Jugendtreffs Ettenkirch übergehen. Weiter soll der SV Ettenkirch für die Stadt Friedrichshafen im geplanten Neubau einen Bürgersaal mit verwirklichen. Nach Fertigstellung übernimmt die Stadt Friedrichshafen diesen in ihr Eigentum und ersetzt dem SV Ettenkirch vorbehaltlich der Haushaltsmittelbereitstellung 2018 die dafür entstandenen Kosten zu 100% in Höhe von max. 960.812,00 €.
Die Verwaltung soll ermächtigt werden, mit dem SV Ettenirch eine WEG-Gründung durchzuführen und den Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrages für den Bürgersaal abzuschließen.
Für die SPD-Gemeinderatsfraktion ist das Projekt, bei dem es sich nicht nur um ein Sportprojekt, sondern auch um einen Bürgersaal und den Jugendtreff handelt, die Unterstützung wert. Die bürgerlichen, sportlichen und politischen Akteure sowie die Verwaltung haben hier vorbildlich zusammengearbeitet – wir freuen uns mit Ettenkirch!
(Aus dem Newsletter der SPD-Gemeinderatsraktion: http://www.portal.spd-fn.de/fraktion-spdfn/
16.07.2017 **in Kommunalpolitik**

SPD Ortsverein Friedrichshafen

SPD Friedrichshafen tritt Bündnis für Vielfalt Friedrichshafen bei

Eine Gruppe zivilgesellschaftlicher Akteure aus Friedrichshafen, darunter auch unsere stellvertretende Vorsitzende Christine Heimpel, hat sich zum Ziel gesetzt, möglichst viele Menschen und Organisationen parteiübergreifend auf einen Wertekanon zu verpflichten, der ein bereicherndes, wertschätzendes und friedliches Zusammenleben der vielen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen in unserer Stadt fördert.
Dazu hat das Bündnis 8 Leitsätze formuliert, die eigentlich selbstverständlich sind. Jede Organisation, Initiative, Verein, Partei, die dem Bündnis beitritt verpflichtet sich, das eigene Handeln an diesen Leitsätzen zu orientieren. Die Stadt Friedrichshafen und das Land Baden-Württemberg unterstützen die Initiative finanziell und ideell.

Gründungsmitglieder (von links): Jürgen Kegelmann (Sprecher, Teestube), Billy Contreras (Sprecher, Frühlingserwachen), Flo Nägele, (Arkade e.V.), Emel Coban (Sprecherin, R.d.N.u.K.), Christine Heimpel (Frühlingserwachen).
7. Juli 2017 | FrankHeiLab

Wir finden die Leitsätze und die Idee uneingeschränkt unterstützens wert und sind deshalb als erste Partei dem Bündnis beigetreten. Wir erhoffen uns davon, dass diese für uns schon immer selbstverständlichen Werte wieder stärker ins Bewusstsein aller rücken und damit auch vermehrt Eingang ins individuelle und gemeinschaftliche Handeln finden.

Einen Bericht zur Gründung des Bündnisses findet Ihr hier:
Artikel im Südkurier

Die Erklärung des Bündnisses im Wortlaut:

Heimat – der Ort, an dem wir uns wohlfühlen

BÜNDNIS für VIELFALT FRIEDRICHSHAFEN

Für Menschen aus einer Vielzahl kultureller Hintergründe ist die Stadt Friedrichshafen seit vielen Jahren und Jahrzehnten zu genau diesem Ort geworden. Friedlich leben hier Menschen aus aller Welt gemeinsam neben- und miteinander. Geleitet von der Frage ‘Wie wollen wir zusammen leben?’ wollen wir als ‘Bündnis für Vielfalt’ folgende acht Leitlinien als Ausdruck unserer inneren Haltung und unseres Verhaltens formulieren:

1. Die Würde des Menschen ist unantastbar,
2. Engagement für eine offene Stadtgesellschaft,
3. Wertschätzung, Toleranz und Akzeptanz,
4. Zugang zur gleichberechtigten Teilhabe,
5. Solidarität und Gerechtigkeit,
6. Grenzen der Toleranz,
7. Gemeinsam Handeln,
8. Umsetzung im Alltag.

Der Leitfaden des Bündnisses in ausführlicher Form zum Herunterladen:

7. Juli 2017 | FrankHeiLab

Friedrichshafen wird neue Heimat der „Landshut“

Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** zeigt sich begeistert von der Auswahl Friedrichhafens als neue Heimat für die „Landshut“. „In Abstimmung mit dem Dornier Museum habe ich die Idee von Anfang an gerne unterstützt und bei Sigmar Gabriel – dem die Rückkehr der ‚Landshut‘ nach Deutschland bereits ein Herzensanliegen war – schon im April für Friedrichshafen als Standort geworben.

Das Dornier Museum Friedrichshafen, die Familie Dornier und der Stiftungsrat der Dornier Stiftung für Luft- und Raumfahrt hatten zuvor ihr großes Interesse bekundet und um Unterstützung gebeten.

„Der mörderische Terrorismus der RAF war eine große Bedrohung für unseren demokratischen Rechtsstaat. Die Befreiung der ‚Landshut‘ und der vielen Geiseln in Mogadischu ist bis heute Symbol unserer wehrhaften Demokratie und einer freien Gesellschaft, die sich von Terror nicht unterkriegen lässt“, so Gerster. „Mit dem Dornier Museum Friedrichshafen erhält diese lebendige Zeugin der Geschichte eine neue und würdevolle Heimat in der Stadt, die nicht umsonst als Wiege der Luftschifffahrt und bedeutender Standort des Flugzeugbaus bekannt ist“, so der 45-jährige Abgeordnete.

27.07.2017 **Martin Kaspar, Wissenschaftlicher Mitarbeiter**
Büro Martin Gerster MdB

Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum

KV Bodensee:

Kreisvorstandssitzung SPD Bodenseekreis

Montag, 07. August 2017
KV-Sitzung (vermutlich Verteilung der Flyer und Plakate an die Ortsvereine!)
19.00 Uhr

FN-Kluftern, Bahnhofstr. 12, Gasthof „Gehrenbergblick“
Sonntag, 13.August, 00:01 Uhr

Früheste Plakatier-Möglichkeit (6-Wochen-Frist vor der Wahl)
Bitte jeder Ortsverein vor Ort bei seiner/n Kommune/n beantragen!

Dienstag, 05.09. 2017

19.00 Uhr KV-Sitzung
Markdorf, Bürgerstuben

Sonntag, 24.09.2017

ab 17.00 Uhr

BT-Wahl Wahlparty GZH, Claude Dornier Stube Friedrichshafen
GZH, Claude Dornier Stube Friedrichshafen

OV Bermatingen:

Ortsvereinssitzung
Montag, 04.09.2017
19:30 Uhr - 21:30 Uhr
Ort: Weinstube Stecher

OV Markdorf:

Donnerstag, 10. August
20:00
Vorstandssitzung
Donnerstag, 14. September
20:00
Vorstandssitzung
Donnerstag, 12. Oktober
20:00
Vorstandssitzung

SPD *Kreis BC*
MdB Martin Gerster

Gerster:

„Liebe und Ehe ist keine Frage des Geschlechts“

Die letzte Sitzung des Deutschen Bundestags in dieser Legislaturperiode wird zu Recht in die Geschichtsbücher eingehen. Der Deutsche Bundestag hat heute mit großer Mehrheit (339 / 226 / 4 Stimmen) den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts beschlossen und damit den Weg frei gemacht für die sogenannte Ehe für alle.

Martin Gerster, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Biberach hat den Gesetzentwurf – nicht erst seit heute – unterstützt. „Für mich ist Ehe das Versprechen, ein Leben lang für einen anderen Menschen einzustehen und da zu sein und keine Frage des Geschlechts“, so Gerster. „Die Ehe für alle war überfällig, ist längst gesellschaftlicher Konsens, eine Frage der Gerechtigkeit und die Beseitigung einer unzulässigen Ungleichbehandlung homo- und heterosexueller Paare. Ich freue mich vor allem für die homosexuellen Paare aus Oberschwaben, die heute ganz viel gewonnen, und alle anderen kein Stück verloren haben“.

Berlin, 30.06.2017 **Martin Kaspar, Wissenschaftlicher Mitarbeiter**
Büro Martin Gerster MdB

Biberacher Hochschulverbund „InnoSÜD“ erhält Förderung bis zu 15 Millionen Euro

Heute wurden die Gewinner der ersten Auswahlrunde des 2016 neu aufgelegten Programms „Innovative Hochschule“ bekanntgegeben. Darunter ist auch der Hochschulverbund „InnoSÜD“ der Hochschulen Biberach (Koordinierende Hochschule), Ulm und Neu-Ulm (Hochschule für angewandte Wissenschaften) sowie der Universität Ulm, die nun mit bis zu 3 Millionen Euro jährlich über einen Förderzeitraum von fünf Jahren (2018-2022) gefördert werden.

Die 2016 von Bund und Ländern aufgelegte Förderinitiative „Innovative Hochschule“ dient der Förderung des forschungsbasierten Ideen-, Wissens- und Technologietransfers. Sie soll Hochschulen darin unterstützen, sich im Wissenstransfer Forschung / Wirtschaft und Gesellschaft zu profilieren und in dieser Rolle zu stärken. Dafür stellen Bund und Länder (im Verhältnis 90:10) bis zu 550 Millionen Euro in 10 Jahren zur Verfügung.
Der SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** beglückwünschte den scheidenden und künftigen Rektor Professor Dr. Thomas Vogel und Prof. André Bleicher zu ihrem Erfolg: „Damit knüpft die Hochschule an ihre jüngsten Erfolge bei Aufbau und Förderung des Innovations- und Technologietransferzentrum PLUS (ITZ PLUS) an. Im Haushalt stellen wir für das erste Förderjahr bereits 30 Millionen Euro zur Verfügung“, so der SPD-Haushälter. „Damit sind die Mittel des Bundes gut investiertes Geld in die Zukunft auch unserer Region.“

Berlin, 04.07.2017 **Martin Kaspar, Wissenschaftlicher Mitarbeiter**
Büro Martin Gerster, MdB

Gemeinsame Erklärung zu IGI:

SPD-MdB Gerster und DGB-Vorsitzender Kasperek unterstützen Industriegebiet im Rißtal

Der Biberacher Bundestagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende **Martin Gerster** sowie der DGB-Kreisvorsitzende Herbert Kasperek unterstützen die Pläne für ein neues Industriegebiet im Rißtal (IGI). In einer gemeinsamen Erklärung werben sie dafür, guten mittelständischen Unternehmen aus Biberach und Umgebung die Möglichkeit einer Weiterentwicklung zu geben.

„Wir sind in der glücklichen Lage, in einer Region mit herausragenden grösseren und kleineren Betrieben zu leben, darunter verhältnismäßig viele Firmen mit Weltruf“, so der Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster**, der auch SPD-Kreisvorsitzender ist. „Viele identifizieren sich übermäßig mit „ihren Unternehmen“ - das trägt entsprechend zum Erfolg bei.“

„Wir wissen, dass unsere Unternehmen Flächen mit guter Verkehrsanbindung zur Standortsicherung benötigen“, so Gerster weiter. „Wir sollten den Unternehmen, denen wir unseren Wohlstand im Kreis Biberach verdanken, auch eine Zukunftschance geben – vor allem, wenn wir über ein Gebiet entlang einer guten Bahnstrecke verfügen.“ Der 45-Jährige verweist auch auf die Aussagen der SPD vor der letzten Kommunalwahl: „Wir haben immer gesagt, dass wir bei Bedarf unseren Unternehmen helfen, wenn es um eine notwendige Erweiterung geht.“

„Viele Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn sind bei Biberacher Unternehmen beschäftigt. Diesen Firmen jede Entwicklungsmöglichkeit zu nehmen, gefährdet den Arbeitsplatz eben jener Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn“, bekräftigt Herbert Kasperek, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Kreis Biberach. Er betont, dass zahlreiche Arbeitsplätze und damit die Lebensqualität vieler Familien von einer Weiterentwicklung der Biberacher Unternehmen abhängen. „Ich unterstütze daher die Pläne der Stadt Biberach und der Gemeinden Warthausen, Schwendi und Maselheim, gemeinsam ein Industriegebiet zu realisieren. Allzu schnell sind sonst Unternehmen und Arbeitsplätze anderswo. Dann ist die Enttäuschung groß.“ Martin Gerster weiter: „Das hat man erst im Dezember 2015 gesehen, als ein anderer großer Arbeitgeber Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe nicht nach Biberach, sondern nach Wien vergeben hat.“

Foto: Archiv Gerster

Gerster und Kasperek zeigen aber auch Verständnis für Kritiker. „Diskussionen und unterschiedliche Meinungen sind erlaubt und in unserer Demokratie willkommen. Die Eingriffe in die Natur müssen so gering wie möglich gehalten werden. Aber guten, erfolgreichen Unternehmen die Zukunft zu nehmen, ist gleichbedeutend mit dem Absägen des Astes, auf dem wir alle sitzen.“

14.07.2017 **Wolfgang Heinzel, Wahlkreisbüro Martin Gerster MdB**

B 312 Ortsumfahrungen:

Gerster kritisiert schneckenhaft langsame Planung des Landes

Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster kritisiert die überlange Planungszeit des Landes für die Ortsumfahrungen der B 312 im Kreis Biberach von mehr als 20 Jahren. „Wir haben im Bund in dieser Legislaturperiode zusätzliche Milliardenbeträge für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur bereitgestellt“, so das Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestags, „und das Land will erst 2027-29 nach über 20 Jahren Planungszeit soweit sein, dass wir mit dem Neubau dieser wichtigen Verkehrsachse beginnen können. Das ist ein Armutszeugnis der grün-schwarzen Landesregierung und eine schallende Ohrfeige für alle verkehrsgeplagten Anwohner und Autofahrer entlang der B 312.“

Foto: Archiv Gerster

Aufgrund von fehlenden Planungskapazitäten in der Landesverwaltung kann frühestens in zwölf Jahren mit dem Baubeginn der wichtigen Ortsumfahrungen entlang der B 312, Ringschnait, Ochsenhausen, Erlenmoos und Edenbachen begonnen werden – so steht es in einer offiziellen Antwort der Landesregierung auf eine schriftliche Anfrage. Und das obwohl die Verkehrsprojekte seit 2009 bereits vom Land geplant werden. „Das ist überhaupt nicht nachvollziehbar“, so der 45-jährige Biberacher. Martin Gerster: „Wir stellen vom Bund über 70 Milliarden Euro für den Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen bereit. Mit knapp 10 Milliarden Euro gibt‘s für Baden-Württemberg überproportional viel. Aber die Landesregierung als zuständige Planungsebene vertrödelt zu Lasten der Menschen die Planung wichtiger Verkehrsprojekte wie die Ortsumfahrungen entlang der B 312.“

Dabei hatte Finanzminister Dr. Nils Schmid bereits 2014 die Beteiligung des Landes an der DEGES (Deutschen Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH) in die Wege geleitet um für genau solche Fälle auf mehr Planungskapazitäten zurückgreifen zu können. „Die grün-schwarze Landesregierung hat im Jahr 2017 allein 1.375 zusätzliche Stellen geschaffen, für die Jahre 2018 und 2019 kommen weitere 2.000 zusätzliche Stellen hinzu“, so Gerster, „aber es gibt weiterhin viel zu wenige Planer für Verkehrsprojekte wie die B 312, so dass das Geld vom Bund nicht abgerufen werden kann und die notwendigen Ortsumfahrungen auf der Strecke bleiben.“

„Ich kann sehr gut verstehen, dass den Menschen vor Ort und den Vertretern der Ortschaften und Gemeinden der Kragen platzt“, so Gerster. „Da wartet in Berlin das Geld und das Land braucht noch mindestens weitere zwölf Jahre bis zum Baubeginn und zur Verkehrsentlastung unserer Gemeinden. Mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 wollten wir jedenfalls nicht signalisieren, dass erst in diesem Jahr mit der Baumaßnahme begonnen werden soll“, so Gerster.

25.07.2017/kas

Martin Kaspar, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Büro Martin Gerster MdB

SPD KV Konstanz

Tobias Volz

Sigmar Gabriel kommt in den Kreis Konstanz

SPD-Bundestagskandidat Tobias Volz bekommt prominente Unterstützung im Wahlkampf. Der ehemalige SPD-Vorsitzende, Bundes-außenminister Sigmar Gabriel wird am **Montag, den 14. August** zu einem Wahlkampftermin in den Kreis Konstanz kommen. Über Einzelheiten des Besuchs verhandeln wir gerade. Weitere Informationen folgen.

Gerechtigkeit - Zukunft - Europa:

Themen, die sich lohnen

"Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist sie zu gestalten." Willy Brandt wusste, wie wichtig ein durchdachtes Programm als Leitschnur für moderne Politik ist. Mit seinem Zukunftsplan spitzt Martin Schulz die wichtigsten Aussagen unseres Regierungsprogramms nochmals zu. Damit macht er deutlich: Es gibt wesentliche Unterschiede zwischen den großen Parteien und es kommt selbstverständlich darauf an, wer die Regierung führt. Hier kann man den Zukunftplan lesen: **Auf einer Delegierten-konferenz hat die SPD im Kreis das Regierungsprogramm diskutiert. Die wichtigsten Inhalte sind in einer Präsentation zusammengefasst.**

3 - 1 - 2: Leni hört zu

Die SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin **Leni Breymaier** besucht Konstanz. Am Donnerstag, den 3**. August** laden Tobias Volz und sie zu Bürgersprechstunde ein, die - sofern die Stadt Konstanz den Standort genehmigt – voraussichtlich ab **11 Uhr** auf dem Obermarkt stattfindet. Was heißt 3 - 1 - 2: Leni Breymaier wird drei Minuten zuhören, eine Minute antworten und zwei weitere Minuten gibt es Zeit zur Diskussion. Politisches Speeddating am Vormittag also.

Wahlkampf unterstützen

Veranstaltungen mit Berliner Prominenz sind schön, sie belasten aber auch die Wahlkampfkasse, die deshalb dringend etwas Zufluss gebrauchen kann. Spenden geht einfach online: Wer lieber den traditionellen Weg geht, spendet an die SPD im Kreis Konstanz, Bundestagswahl, bei der Volksbank Konstanz-Radolfzell:
DE51 6929 1000 0223 3355 27 (BIC: GENODE61RAD).
Bild: Kurt F. Domnik (pixelio.de)

Anschrift:
SPD Kreis Konstanz
Jacob-Burckhardt-Str. 15
Konstanz 78462
Germany
Add us to your address book

verantwortlich für den Inhalt:
23.07.2017 Winfried Kropp

SPD Kreis Ulm
Alb-Donau Kreis
MdB Hilde Mattheis

Ehe für alle:

Liebe ist Liebe und verdient Respekt!

Ulm, 28.06.2017- Nach jahrelangen Blockaden der CDU/CSU kann der Deutsche Bundestag am Freitag endlich über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare abstimmen. Die Ulmer Bundestagsabgeordnete ***Hilde Mattheis*** *begrüßt den Vorstoß der SPD und freut sich auf die Abstimmung.*

„Die Entscheidung im Bundestag ist ein wichtiger Schritt für die ganze Gesellschaft. Wir werden endlich ein Menschenrecht verwirklichen, für das wir gemeinsam mit vielen Aktivistinnen und Aktivisten jahrelang gekämpft haben Nach jahrelangen Streitigkeiten mit der CDU/CSU können wir einen entscheidenden Baustein für die Akzeptanz und Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren in unserer Gesellschaft legen."

Zum plötzlichen Umschwenken der Kanzlerin und Teilen der CDU für eine Öffnung der Ehe ergänzt Mattheis: „Es wird Zeit, dass die CDU/CSU im 21. Jahrhundert an-kommt und alternative Lebensentwürfe akzeptiert. Dass die Kanzlerin ihre Position für die Ehe für alle lockert, nachdem Martin Schulz diese als Voraussetzung für jegliche Koalitionsbildungen gestellt hat, zeigt welche taktischen Spielchen die CDU mit den Menschen spielt. Damit ist nun Schluss, denn Liebe ist Liebe und verdient den Respekt der Gesellschaft!"

28. Juni 2017

Petra Neubert, Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis Mitglied des Deutschen Bundestages

Hilde Mattheis im Gespräch mit Marktbesuchern in Laichingen – Treffen mit islamischem Kulturverein kommt nicht zustande

Foto: Archiv Mattheis

Ulm/Laichingen, 05.07.2017 – Die Ulmer SPD-Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** ist am Dienstag mit den Besucherinnen und Besuchern des Laichinger Wochenmarkts ins Gespräch gekommen. Ein Treffen mit Vertretern des türkisch islamischen Kulturvereins in Laichingen kam nicht zustande – obwohl es zuvor telefonisch bestätigt worden war.

Seit Anfang Mai besucht Hilde Mattheis die Marktplätze in Ulm und im Alb-Donau-Kreis. In diesem Zusammenhang war sie am Dienstag auch zu Gast in Laichingen.

„Für mich ist es sehr wichtig, dorthin zu gehen, wo die Menschen sind. Ich höre mir ihre Sorgen und Anliegen an. Das ist mein Verständnis von bürgernaher Politik“, sagte Mattheis.

Die Marktbesuche stehen unter dem Motto „Reden wir“. In diesem Rahmen will Mattheis den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ein Angebot zum persönlichen Austausch machen.

„In diesen bewegten Zeiten, die unter dem Eindruck von Populismus und plakativen Lösungsangeboten stehen, sollten wir meiner Meinung nach mehr miteinander reden, statt übereinander“, so Mattheis, „nur so erreichen wir eine Politik, die den Menschen dient und gerecht ist.“

In den kommenden Wochen wird die Ulmer Bundestagsabgeordnete unter anderem auf den Wochenmärkten in Blaubeuren, Oberdischingen und Langenau unterwegs sein.

Enttäuscht zeigte sich Mattheis über das Nicht-Zustandekommen eines Treffens mit dem türkisch-islamischen Kulturverein Laichingen in dessen Zentrale in der Wilhelmstraße. Hilde Mattheis wartete dort vergeblich, obwohl ein Besuch bei Vertretern des Kulturvereins zuvor telefonisch vereinbart worden war.

„Ich finde es sehr schade, dass hier das das Angebot zu einem Dialog nicht wahrgenommen wurde. Auch hier gilt: Wir sollten miteinander reden, statt nur übereinander. Das lässt mich ratlos zurück“, so Mattheis.

Ulm/Laichingen, 05.07.2017 **Hilmar Pfister, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB**

Hilde Mattheis + Niels Annen:

Wir müssen die demokratischen Kräfte in der Türkei unterstützen

*Ulm, 06. Juli 2017 – Bei seinem gestrigen Besuch bei der Ulmer Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis** diskutierte **Niels Annen**, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion mit Bürgerinnen und Bürger im Ratskeller Ulm über die politische Situation in der Türkei.*

Niels Annen, MdB und Hilde Mattheis, MdB **Foto: Archiv Mattheis**

„Die Demokratie in der Türkei ist in ernster Gefahr.“, betonte Annen während der Diskussion. „Das heißt für uns einerseits, dass wir die demokratischen Kräfte, die Opposition und die Zivilgesellschaft weiter unterstützen müssen. Ein Abbruch aller Beziehungen wäre kontraproduktiv. Andererseits dürfen wir uns nicht einschüchtern lassen. Wenn Präsident Erdogan deutsche Abgeordnete nicht mehr einreisen lässt, dann muss die Bundeswehr abgezogen werden. Das hat der Bundestag vollkommen zu Recht beschlossen.“

Hilde Mattheis ergänzte: „Die Willkür dieser Regierung spüren Menschen auch hier in Ulm, wie wir an dem Beispiel Mesale Tolu sehen, die unter fadenscheinigen Anschuldigungen und Missachtung rechtsstaatlicher Grundsätze in der Türkei in Haft sitzt. Diese individuellen Schicksale machen deutlich, dass die Bundesrepublik sich nicht in eine weitere Abhängigkeit von Erdogan begeben darf. Daher sehe ich den sog. Flüchtlingsdeal mit der Türkei weiterhin kritisch."

29. Juli 2017 **Fabian Fischer, wissenschaftlicher Mitarbeiter**
Büro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis Mitglied des Deutschen Bundestages

Hilde Mattheis beeindruckt von vielfältigem Angebot bei Jugendmigrationsdienst Ulm

Ulm, 14.07.2017 – Beeindruckt vom vielfältigen Angebot des Jugendmigrationsdiensts Ulm hat sich dieser Tage die Ulmer SPD-Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis gezeigt**. Regionalleiterin Petra Glock (re.) vom Trägerverband IN VIA, dem katholischen Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit und Kornelia Zorembski (li.) vom Jugendmigrationsdienst Ulm begrüßten die Bundestagsabgeordnete in ihren Räumen im Weinhof 9 und stellten das umfassende Engagement des Diensts vor. „Wer sich fragt, wie man jugendliche Migranten optimal unterstützt, um sie bei uns bestmöglich zu integrieren, sollte sich den Jugendmigrationsmigrationsdienst in Ulm anschauen", sagte Hilde Mattheis lobend.

Der Jugendmigrationsdienst bietet unter anderem eine kostenlose Beratung für junge Migrantinnen und Migranten im Alter von 12- 27 Jahren.

Regionalleiterin Petra Glock (re.), Kornelia Zorembski (li.)
Foto: Archiv Mattheis

Zusätzlich vermitteln die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendmigrationsdiensts die jungen Menschen in Angebote aus einem örtlichen Netzwerk. Außerdem erhalten Jugendliche mit Migrationshintergrund in Ulm qualifizierte Sprach- und Lernförderung in den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik. Die individuelle Förderung findet in der Regel als Einzel- oder Kleingruppenunterricht einmal pro Woche statt. Die Förderung ist an die Bedürfnisse der Jugendlichen angepasst und hilft beim Übergang in das Regelschulsystem, bzw. beim Übergang in höhere Schularten oder Ausbildung.

In dem Gespräch wurde auch nochmals deutlich, wie wichtig die Sprachförderung ist. Eindrücklich schilderte Frau Zorembski die Situation und forderte, dass das Angebot der beruflichen Schulen für Schülerinnen und Schüler ohne Deutschkenntnisse deutlich besser werden muss. Ein Schüler in der VABO erreicht nach einem Schuljahr ein A2-Sprachniveau, in seltenen Fällen ein B1-Niveau. Zum Vergleich: ein Teilnehmer eines Integrationskurses schafft binnen 6 Monate ein B1-Niveau. Darüber hinaus wird C1 zur Aufnahme einer Ausbildung benötigt. Die Sprachbildung und Sprachförderung

an den Berufsschulen muss dann auf die Zeit während der Ausbildung ausgeweitet werden.

Bundesweit kümmern sich mehr als 450 Jugendmigrationsdienste mit über 850 Mitabeitenden um jährlich etwa 100.000 junge Menschen mit Migrationshintergrund. Dafür stehen derzeit 50 Mio Euro zur Verfügung. 2016 konnte beim Bundeshaushalt gerade noch verhindert werden, dass es zu Kürzungen kam. Die notwendige Mittelaufstockung von mindestens weiteren 10 Millionen ist jedoch ausgeblieben.

„Hier zeigt sich wieder einmal: Ohne die vielen Menschen, die sich beruflich und ehrenamtlich bei der Aufnahme und Integration auch von jungen Migrantinnen und Migranten engagieren, wäre diese Aufgabe nicht zu bewältigen“, so Mattheis.

Denn die haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des Jugendmigrationsdiensts unterstützen die junge Migrantinnen und Migranten auch in vielen anderen Bereichen.

Hilfe wird geboten bei der Anmeldung für Schule oder Sprachkurs, bei der beruflichen Orientierung, der Suche nach Praktikums- und Ausbildungsplätzen, der Anerkennung von Zeugnissen und Berufs-abschlüssen, dem Stellen von Anträgen und bei rechtlichen und finanziellen Fragen.

Petra Glock bereitet es jedoch große Sorge, dass wenig Personal für diese gute Arbeit zur Verfügung steht. Die Jugendmigrationsdienste stehen mittlerweile auch jungen Flüchtlingen offen, was sachgerecht sei. Doch die zusätzlichen Angebote müssten mit der gleichen Personalausstattung erledigt werden, erklärte Glock und sagte, dass diese zusätzlichen Herausforderungen mittlerweile die Mitarbeiterinnen an ihre Grenzen bringen.

Sollte dieser Missstand nicht bald beseitigt werden, sei eine hochwertige Begleitung der jungen Menschen wie bisher nicht mehr möglich. Weitreichende Folgen seien nicht absehbar, so Glock.

Die Träger der bundesweit mehr als 450 Jugendmigrationsdienste hoffen, dass im nächsten Bundeshaushalt die notwendige Mittelaufstockung von mindestens weiteren 10 Millionen zur Verfügung gestellt wird.

14.07.2017 **Hilmar Pfister, Wissenschaftlicher Mitarbeiter**

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB

Im Café Blau zahlt jeder, was er kann

Ulm, 18.07.2017 – Im Dichterviertel in Ulm gibt es seit wenigen Wochen ein neues gastronomisches Angebot: Das Café Blau wirbt mit Kaffee und Kuchen zu Non-Profit-Preisen. Die Ulmer Bundestagsabgeordnete ***Hilde Mattheis*** *hat die Betreiberin auf ihrer Tour durch den Wahlkreis besucht.*

Hilde Matttheis und Heike Reith **Foto: Archiv Mattheis**

„Ich finde es schön, dass hier ein Ort entsteht, der für alle Generationen und für jeden Geldbeutel etwas bietet.“, erklärte Mattheis im Gespräch mit Heike

Reith, die das Café führt. Die Grundpreise für Speisen und Getränke sind gering, so dass sie für alle erschwinglich sind. Jeder soll so viel zahlen, wie es der Geldbeutel zulässt, so dass sich die Selbstkosten des Cafés trotz niedrigem Grundpreis tragen.
„Meiner Meinung nach wird dieses Angebot nicht dazu führen, dass die Leute extra sparen. Wenn man sieht und schmeckt, dass etwas mit Liebe und Hingabe gemacht wurde, gibt man gern auch mal ein paar Cent mehr dafür aus“, gibt sich Mattheis überzeugt.

Das Café in der Gartenstraße, das modern und stilsicher von einer Grafikdesignerin in Blautönen eingerichtet wurde, wird von der AG West und der UWS Ulm betrieben. Die Einrichtung soll auch dazu dienen, die Wohnqualität im Dichterviertel für deren Bewohner zu erhöhen. Derzeit ist das Café von Dienstag bis Freitag am Nachmittag geöffnet.

18.07.2017 **Fabian Fischer, wissenschaftlicher Mitarbeiter Büro Hilde Mattheis, MdB**

25.07.2017 **Mattheis Hilde, MdB, Wahlkreis**

Treffen Sie
Katarina Barley,
Bundesfamilienministerin

am Samstag, 29. Juli 2017, 10 Uhr,
am Münsterplatz / Hirschstraße, Ulm

24.07.2017 **Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

27.07.2017 **Fabian Fischer, wissenschaftlicher Mitarbeiter**
Büro Hilde Mattheis, MdB

Mattheis zu Besuch im Haus für Kinder und beim AdventureGolf

Ulm, 27. Juli 2017 – Bei ihrer Tour durch den Alb-Donau-Kreis hat die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis in dieser Woche Station in Westerheim gemacht. Gemeinsam mit Bürgermeister Walz besuchte sie das „Haus für Kinder“, welches seit 2011 Kinder im Vorschulalter betreut und begleitet.

„Die Einrichtung hat Vorbildfunktion – sowohl architektonisch als auch beim Erziehungskonzept“, befand Mattheis bei ihrem Rundgang durch das Haus für Kinder. „Ich finde es sehr gut, dass die Kinder hier Natur erleben können und lernen, woher ihre Cornflakes mit Milch kommen. Die Erziehung für das Verständnis von Umwelt, Klima und Natur ist im 21. Jahrhundert wichtiger denn je.“
Ein Projekt des Hauses für Kinder ist ein Besuch auf dem Biohof von Landwirt Ingo Hiller einmal pro Woche. Auf dem Hof können die Kinder selbst anpacken und lernen so ganz praktisch über Landwirtschaft und Viehzucht. Hiller wurde 2014 als Landwirt des Jahres mit dem Ceres Award ausgezeichnet.

Bürgermeister Walz nahm seinen Gast außerdem zum Adventure Golfplatz der Familie Moll mit. Die Minigolf-Anlage, die der Betreiber Jochen Moll in Eigenarbeit aufgebaut hat, zeichnet sich durch einen besonderen Parcours mit Felsen, Büschen und Wasserhindernissen aus. Hilde Mattheis, die selbst zum Schläger griff, meinte: „Es ist nicht einfach, aber macht großen Spaß. Solch kreative Angebote sind eine schöne Ergänzung für die touristische Attraktivität der Region, insbesondere hier im Biosphärengebiet Westerheim.“

27. Juli 2017 **Fabian Fischer, wissenschaftlicher Mitarbeiter**
Büro Hilde Mattheis, MdB

DL21 FORUM DEMOKRATISCHE LINKE
DIE LINKE IN DER SPD.

DL21-Newsletter vom 04.07.2017

Liebe Genossinnen und Genossen,

G20-Gipfel in Hamburg

In wenigen Tagen findet in Hamburg der G20-Gipfel statt. Die Staats- und RegierungschefInnen der 19 größten Industrie- und Schwellenländer sowie die EU werden dann über Themen wie Freihandel und das Pariser Klimaabkommen beraten. Bereits im Vorfeld des Gipfels gab es zahlreiche Proteste unterschiedlichster NGO´s. Diese Proteste werden sich fortsetzen. Im Mittelpunkt stehen dabei der Klimaschutz, gerechter Welthandel statt Freihandel, soziale Gerechtigkeit und weltweite demokratische Rechte. Mit diesen Forderungen richten sich die Proteste gegen die teilnehmenden Staats- und Regierungschefs wie Trump, Erdogan, Putin und Merkel.
Die DL 21 richtet eine Grußadresse an das Bündnis aus Umweltverbänden und Entwicklungsorganisationen. Wir teilen die Kritik der NGOs und unterstützen den friedlichen Protest. Die wirtschaftlich stärksten Nationen müssen umdenken: Es muss um Solidarität statt Neoliberalismus, Demokratie statt Unterdrückung gehen. Denn die Schere zwischen arm und reich hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter geöffnet – nicht nur zwischen armen und reichen Ländern, sondern auch innerhalb der G20-Staaten. Das sind die Folgen neoliberale Politik, die zu einer weitgehenden Deregulierung und damit zu einer entfesselten Finanzwirtschaft, einem erbarmungslosen Wettbewerb sowie Steuer- und Sozialdumping geführt hat. Die Leidtragende sind, wie immer, die Schwächsten: Fischer und Landwirte in Entwicklungsländern werden durch eine aggressive Agrarpolitik der Industriestaaten ihrer Lebensgrundlage beraubt, ArbeitnehmerInnen, hangeln sich von einem befristeten Vertrag zum nächsten durch. Und nach wie vor sind Frauen gegenüber Männern benachteiligt, sei es in Deutschland, wo das Lohngefälle immer noch über 20 Prozent beträgt oder in Entwicklungsländer, in denen Mädchen und Frauen keinen Zugang zur Bildung haben.
Es ist zu befürchten, dass es wieder nur um die Interessen der jeweiligen einzelnen Nationen geht, nicht um die Bewältigung globaler Probleme. Es wird nicht um die Schaffung eines fairen Welthandelssystems gehen und es wird auch nicht ernsthaft darum gehen, wie Migration und Flucht durch Beendigung von Konflikten, Gewalt und Kriegen, die von den einflussreichsten Staaten mit ausgelöst wurden, in den Griff zu bekommen sind. Wenn nicht darüber gesprochen wird, dass die Landwirtschaft des globalen Südens nicht durch Billigexporte aus den Industriestaaten kaputtgemacht werden darf, wenn es keine Einigung darüber gibt, dass unsere Fangflotten die Küsten von Afrika nicht leerfischen dürfen, wird es keine friedliche Lösung geben.
Die G20-Staaten müssen dafür sorgen, dass große milliardenschwere Unternehmen endlich angemessen hohe Steuern zahlen. Denn deren Steuervermeidungstaktiken bringen die Staaten jährlich um milliardenhohe Einnahmen, die dringend für Investitionen in Bildung, Soziales und Gesundheit benötigt würden. In Deutschland brauchen wir endlich eine faire Erbschaftssteuer und eine Vermögenssteuer. Denn die Wohlhabendsten unserer Gesellschaften müssen sich endlich entsprechend ihrer Möglichkeiten an der Bekämpfung der Ungerechtigkeit beteiligen. Zum Gipfel haben wir eine Pressemitteilung herausgegeben, die ihr hier abrufen könnt. Außerdem haben wir einen Kurzvermerk zu G20 für euch erstellt, den ihr hier herunterladen könnt. Unsere gesammelten Kurzvermerke findet ihr hier.

Ehe für alle

Am Freitag hat der Bundestag das erste Mal die bestehende rot-rot-grüne Mehrheit genutzt, um das Land gerechter zu machen. Wir haben die Ehe für alle beschlossen. Die Entscheidung im Bundestag ist ein wichtiger Schritt für die ganze Gesellschaft. Wir werden endlich ein Menschenrecht verwirklichen, für das wir gemeinsam mit vielen Aktivistinnen und Aktivisten jahrelang gekämpft haben. Nach andauernden Streitigkeiten mit der CDU/CSU haben wir einen entscheidenden Baustein für die Akzeptanz und Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren in unserer Gesellschaft gelegt.

Und wir hoffen, dass dieses Abstimmungsbeispiel den Mut und die Zuversicht mehrt, dass auch andere, für einen großen Teil der Bevölkerung zentralen Bedürfnisse, wie eine lebensstandardsichernde Rente und eine Bürgerversicherung für die Kranken- und Pflegeversicherung, mit einer solchen Mehrheit realisierbar sind.

Bundesparteitag in Dortmund

Am 25. Juni hat die SPD auf ihrem Parteitag in Dortmund ihr Programm für die kommende Bundestagswahl verabschiedet. Es enthält zweifelsohne viele *gute Forderungen und hat Entwicklungspotential für die konkrete Ausgestal*tung. So etwa für die Einführung einer oben schon genannten Bürgerversicherung. Die Umsetzung der Gebührenfreiheit von der Kita bis zum Studium und auch für die Meisterausbildung. Die Abschaffung der Abgeltungssteuer und gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern. Besonders freuen wir uns als DL21 über den Beschluss, die Abschiebungen nach Afghanistan zu stoppen. Das ist angesichts der Sicherheitslage im Land eine wichtige Entscheidung.

Wir hätten uns an verschiedenen Stellen auch mehr gewünscht. Das betrifft unter anderem das Rentenniveau, das unserer Meinung nach bei mindestens 50 Prozent liegen muss, die Verbeitragung aller Einkommensarten in der Bürgerversicherung und die Einführung einer Vermögenssteuer. Hier müssen wir den Gestaltungsspielraum nutzen, der durch relativ weiche Formulierungen gegeben ist.

Ihr findet hier einen interessanten Artikel, in dem die Gesamtsituation der Partei beschrieben wird.

Save the Date DL21/spw-Herbsttagung am 29./30. September 2017 in Berlin

Am 29./30. September 2017 wird unsere gemeinsame Herbsttagung mit der spw im IG-Metallhaus in Berlin stattfinden. Wir werden uns mit dem Ausgang der Bundestagswahl befassen. Hierzu kommen: Professor Mielke von der Universität Mainz und Professor Wessels vom Wissenschaftszentrum Berlin sowie Vertreter der Parteispitze. Bitte merkt euch diesen Termin vor. Eine Einladung mit konkretem Programm geht euch demnächst zu.

Mit solidarischen Grüßen

Hilde Mattheis, MdB **Bundesvorsitzende DL21**

DL21 FORUM DEMOKRATISCHE LINKE
DIE LINKE IN DER SPD

spw

EINLADUNG

DL21/spw-Herbsttagung „Wahlnachlese Bundestagwahl 2017"

29./30. September 2017

Ort: IG-Metall-Haus Berlin-Kreuzberg, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 24. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Wie das Votum ausfällt, ist noch unklar. Klar ist aber, dass wir als *DL21* uns mit dem Wahlergebnis auseinandersetzen werden. Wir werden zurückblicken auf den Wahlkampf und fragen, wie sehr wir mit unserem Wahlprogramm überzeugen konnten. Haben wir auf unserem wichtigsten Feld, der sozialen Gerechtigkeit, das Vertrauen der Wähler*innen zurückgewonnen? Mit welchen Themen konnten wir bei den Bürger*innen punkten und wo müssen wir inhaltlich nachschärfen?

Wir wollen aber auch nach vorne blicken: Was können wir aus dem Wahlergebnis lernen? Welche Regierungskonstellationen werden machbar sein und wie wollen wir in mögliche Koalitionsverhandlungen gehen? Wo sollen unsere roten Linien liegen? Wie will sich die Parteilinke positionieren?

Diesen Fragen wollen wir mit euch und unseren ReferentInnen nachgehen.

Wir freuen uns auf euer zahlreiches Erscheinen!

Mit solidarischen Grüßen

Hilde Mattheis, MdB
Vorsitzende *DL21*

Geschäftsstelle Forum DL 21 • Müllerstraße 163 • 13353 Berlin • Tel. 030 4692 -236

SPÖ Österreich

Reinhold Einwallner **Foto: Archiv SPÖ Vorarlberg**

Nationalratswahl:

Reinhold Einwallner ist SPÖ-Spitzenkandidat in Vorarlberg

SPÖ geht mit erfahrenem Politiker in die Nationalratswahl.

Im Oktober findet die Nationalratswahl statt. In der SPÖ Vorarlberg wurden dafür bereits die Weichen gestellt. Reinhold Einwallner (44) wurde zum Spitzenkandidaten der roten Landesliste gewählt. Er wird auf Platz 1 der Landesliste der Sozialdemokraten kandidieren. Die SPÖ setzt damit auf einen erfahrenen Pragmatiker mit klaren Zielen. So war Reinhold Einwallner bereits von 2004 bis 2009 im Bundesrat. Seit 2014 ist er Teil des kleinen aber starken Teams der SPÖ im Landtag. Zudem war er über 10 Jahre lang in der Gemeindepolitik aktiv.

Gerechtigkeit im Mittelpunkt

Reinhold Einwallner ist einer, der anpackt. Im Mittelpunkt seines Handelns stand und steht immer die Frage der Gerechtigkeit. „Auf unseren Sozialstaat können wir wirklich stolz sein. Unsere Elterngeneration hat hier ein tragfähiges soziales Netz errichtet. Dennoch gibt es an einigen Stellen immer noch Löcher, durch die vor allem die ‚Kleinen' fallen, während die ‚Großen' es sich richten können. Es ist mir ein Herzensanliegen, hier für Gerechtigkeit zu sorgen", so der Sozialdemokrat.

Beruflicher Werdegang

Reinhold Einwallner ist gelernter Augenoptiker und seit 2003 selbstständig. Er übernahm mit einem Geschäftspartner einen Bregenzer Traditionsoptiker. Die beiden führen ein modernes Augenoptik-Fachgeschäft in der Bregenzer Römerstraße. Ebenfalls 2003 bekam er den Abschluss des universitären Lehrgangs für Personal- und Organisationsentwicklung an der Leopold Franzens Universität Innsbruck / Schloss Hofen. Seit 2010 ist er Landesgeschäftsführer der SPÖ Vorarlberg. „Es ist ein Privileg, einen Beruf ausüben zu können, der Spaß macht und in dem man vollkommen aufgeht", sagt er über seinen Job als Politiker. „Ich mache mit Freude Politik. Ich freue mich auf einen guten und fairen Wahlkampf."

Details zur Landes- und den Wahlkreislisten im nächsten Artikel.

22.06.2017 **Vorarlbergs soziale Kraft**

Michael Ritsch

Unterstützung für Wohnbeihilfe-Modell der Armutskonferenz

Landesregierung soll Modell aufgreifen

Die SPÖ unterstützt das heute von der Vorarlberger Armutskonferenz vorgeschlagene Modell zur Gestaltung der Wohnbeihilfe. Es sei sehr sinnvoll, die Wohnbeihilfe an die Mindestsicherung anzupassen, erklärt SPÖ-Sozialsprecher Michael Ritsch. Auch eine neue Festlegung der Einkommensgrenzen sei längst an der Zeit: „Die Orientierung an jenen Grenzen, die auch bei der GIS-Gebührenbefreiung ausschlaggebend sind, ist vollkommen richtig. Es ist unumstritten, dass diese Einkommensgrenzen die Realität viel besser widerspiegeln. Die Armutskonferenz spricht da einen wichtigen Punkt an.“ Daher solle die Landesregierung das Modell aufgreifen, fordert der Sozialdemokrat.

Für eine aktive Wohn- und Lohnpolitik

Es sei richtig, dass das neue Modell höhere Kosten verursachen würde. Gleichzeitig würde es die angespannte Situation am Wohnungsmarkt notwendig machen, hier stärker politisch einzugreifen, so Michael Ritsch. Mittel- und langfristig sei das Problem allerdings nur mit einer aktiven Wohn- und Lohnpolitik zu bewältigen. „Wir müssen an zwei Hebeln ansetzen“, erklärt Michael Ritsch: „Erstens gilt es, die Anzahl der gemeinnützigen Wohnungen weiterhin massiv zu steigern. Damit werden die Mieten dann auch im privaten Sektor nach unten gedrückt. Und zweitens müssen die Löhne und Gehälter so hoch sein, dass sie existenzsichernd sind. Daher führt an einem Mindestlohn von 1.500 Euro als ersten Schritt nichts vorbei.“

29.06.2017 **Vorarlbergs soziale Kraft**

Veronika Keck **Foto: Archiv SPÖ Vorarlberg**

Beharrlichkeit lohnt sich!

Freude über jüngste Beschlüsse im Nationalrat

In der vergangenen Woche wurde im Nationalrat eine Vielzahl an Reformen und Neuerungen beschlossen. Veronika Keck, SPÖ-Landesfrauenvorsitzende, weist auf den frauenpolitischen Aspekt vieler dieser Punkte hin. So wird es fortan eine verpflichtende Frauenquote in Aufsichtsräten von mindestens 30% geben und ein Aktionspläne rückt die Gesundheit von Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt. Eine besondere Entlastung gerade für Frauen ist auch die Abschaffung des Pflegeregresses: „Frauen sind in den meisten Fällen jene, die sich um pflegebedürftige Verwandte kümmern. Aufgrund des Regresses war der ökonomische Druck auf Frauen, ein Pflegeheim gar nicht erst in Betracht zu ziehen, besonders groß. Die Abschaffung bedeutet, dass die Entscheidung für oder gegen Pflege zu Hause ein ganzes Stück weit selbstbestimmter erfolgen kann“, erklärt Veronika Keck.

Als wichtige Schritte nennt sie zudem die Reform des Privatkonkurses, die Bildungsreform und die „Aktion 20.000“.

„Vieles davon wurde zwar im Jänner gemeinsam mit der ÖVP beschlossen. Dennoch hat die ÖVP im Nachhinein dann vieles zu blockieren versucht. Dank der Beharrlichkeit von Bundeskanzler Christian Kern und dem Engagement von Ministerinnen wie Sonja Hammerschmid und Pamela Rendi-Wagner kommt nun doch noch Bewegung in die Sache“, freut sich die Sozialdemokratin. Besonders hervor hebt sie in dieser Hinsicht die Einigung der Sozialpartner auf einen Mindestlohn von 1.500 Euro ab 2020. „Hätte Christian Kern hier nicht deutlich gemacht, dass ansonsten die Politik den Job der Sozialpartner erledigt, stünde der Mindestlohn von Seiten der Wirtschaft wahrscheinlich jetzt noch infrage. Der Bundeskanzler hat klare Vorgaben gemacht und die Sozialpartner in die Pflicht genommen. Davon profitieren werden hauptsächlich Frauen“, freut sich Veronika Keck.

03.07.2017 **Vorarlbergs soziale Kraft**

Reinhold Einwallner **Foto: Archiv SPÖ Vorarlberg**

SPÖ-Liste für Nationalratswahl steht fest

Die Vorarlberger Sozialdemokraten haben sich heute auf die Kandidaturen für die Nationalratswahl im Herbst festgelegt. Die Landesliste wird von Landtagsabgeordneten und SPÖ-Geschäftsführer Reinhold Einwallner (44) angeführt. Ihm folgen die Bürserin Veronika Keck (34) und der Dornbirner Thomas Hopfner (52). Die insgesamt 16 Listenplätze sind nach dem „Reißverschlusssystem“ gegliedert, in der Reihung wechseln sich also konsequent Männer und Frauen ab. Das wurde im heutigen Landesparteivorstand in der Volkshochschule Götzis beschlossen. Dem Parteivorstand vorausgegangen sind am selben Ort zwei Regionalwahlkonferenzen, auf denen die beiden Listen für die Wahlkreise Nord und Süd diskutiert und abgesegnet wurde. Im Norden folgen auf Reinhold Einwallner die Lochauerin Jeannette Greiter (28) und Thomas Hopfner, im Süden finden sich nach Veronika Keck der Götzner Christian Vögel (41) und die Bürserin Elke Zimmermann (43). Auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Georg Niedermühlbichler war eigens für den Parteivorstand aus Wien angereist. Er stellte den Delegierten die Wahlkampfpläne der SPÖ-Bundespartei vor und ging auf Fragen zum Koalitions-Kriterienkatalog ein.

Landesliste

Platz	Name	Vorname	Alter	Beruf	Ort
1	Einwallner	Reinhold	44	Geschäftsführer/ Optiker	Bregenz
2	Keck	Veronika	34	Med. Masseurin	Bürs
3	Hopfner	Thomas	51	Polizeibeamter	Dornbirn
4	Zimmermann	Elke	43	Dipl. Kinderkrankenschwester	Bürs
5	Vögel	Christian	41	Selbständig	Götzis
6	Greiter	Jeannette	28	Angestellte	Lochau
7	Pompl	Michael	39	Logistiker	Wolfurt
8	Baschny	Brigitte	58	Juristin	Feldkirch
9	Corn	Bernhard	32	Betriebstechniker	Bludenz
10	Lang	Manuela	40	Gesundheitspädagogin /selbständige Referentin	Lustenau
11	Stemmer	Reinhard	46	Triebfahrzeugführer	Nüziders

Platz	Name	Vorname	Alter	Beruf	Ort
12	Kofler	Simone	31	Betriebswirtin	Bludenz
13	Riedmann	Björn	40	Unternehmer/Berufsschullehrer	Hard
14	Can-Taskara	Gülsel	39	Arbeitsassistentin/Betriebsrätin	Dornbirn
15	Kohler	Markus	56	Dipl. Gesundheits- und Krankenpfleger	Feldkirch
16	Dell-Osbel	Martina	33	Angestellte	Bregenz

Wahlkreis Nord

Platz	Name	Vorname	Alter	Beruf	Ort
1	Einwallner	Reinhold	44	Geschäftsführer/ Optiker	Bregenz
2	Greiter	Jeannette	28	Angestellte	Lochau
3	Hopfner	Thomas	51	Polizeibeamter	Dornbirn
4	Lang	Manuela	40	Gesundheitspädagogin /selbständige Referentin	Lustenau
5	Pompl	Michael	39	Logistiker	Wolfurt
6	Can-Taskara	Gülsel	39	Arbeitsassistentin/Betriebsrätin	Dornbirn
7	Riedmann	Björn	40	Unternehmer/Berufsschullehrer	Hard
8	Dell-Osbel	Martina	33	Angestellte	Bregenz
9	Starchl	David	23	Student	Dornbirn
10	Engel	Severine	31	Sachbearbeiterin/Betriebsrätin	Dornbirn
11	Fässler	Markus	37	Angestellter	Dornbirn
12	Fritsch	Annette	56	Mietervereinigung GF	Bregenz

Wahlkreis Süd

Platz	Name	Vorname	Alter	Beruf	Ort
1	Keck	Veronika	34	Med. Masseurin	Bürs
2	Vögel	Christian	41	Selbständig	Götzis
3	Zimmermann	Elke	43	Dipl. Kinderkrankenschwester	Bürs
4	Corn	Bernhard	32	Betriebstechniker	Bludenz
5	Baschny	Brigitte	58	Juristin	Feldkirch
6	Stemmer	Reinhard	46	Triebfahrzeugführer	Nüziders
7	Kofler	Simone	31	Betriebswirtin	Bludenz
8	Kohler	Markus	56	Krankenpfleger	Feldkirch
9	Hirschmugel	Alexandra	46	Angestellte	Rankweil
10	Sartori	Alexander	39	Polizeibeamter	Bludenz
11	Weber	Karin	50	Kaufm. Angestellte	Götzis
12	Schöber	Günther	63	Freischaffender	Feldkirch

03.07.2017 **Vorarlbergs soziale Kraft**

"Ehe für alle":

Unglaubliche Argumentation des Landeshauptmannes

„Kein Kind wird weniger geboren, wenn es die Ehe für alle gibt“, sagt Reinhold Einwallner.

„Zugegeben, man kann aus ideologischen Gründen gegen die ‚Ehe für alle‘ sein, Wallners Argumentation hingegen ist so was von an den Haaren herbeigezogen, dass man sich fast schon fragen muss, ob der Landeshauptmann in dieser Sache klar denkt“; reagiert SPÖ-Landtagsabgeordneter Reinhold Einwallner auf die jüngsten Aussagen des Landeshauptmannes.
Wallner tue gerade so, als ob Vorarlberg aussterben würde, wenn es die Ehe für alle gebe. Dazu Reinhold Einwallner: „Glaubt der Landeshauptmann wirklich, dass nun fast alle Vorarlbergerinnen und Vorarlberg homosexuell werden, nur weil das Institut der ‚Ehe für alle‘ eingeführt wird?“

Die „Ehe für alle“ sei ein Puzzleteil für die Gleichstellung aller Geschlechter und aller sexueller Orientierungen. Es geht schlicht und ergreifend um die Abschaffung einer Diskriminierung. Die klassische Ehe zwischen Mann und Frau wird es auch in Hinkunft geben, denn wer homosexuell ist, der ist es auch heute schon und der werde sich das auch nicht nehmen lassen. „Mir kommt vor, als ob der Landeshauptmann die Ansicht des früheren Bischofs Fischer teilt, der meinte, Homosexualität sei heilbar“, schließt der SPÖ-Landtagsabgeordnete.

03.07.2017 **Vorarlbergs soziale Kraft**

Gabi Sprickler-Falschlunger **Foto: Archiv SPÖ Vorarlberg**

Gleichstellungsbericht 2017 - noch ist viel zu tun!

SPÖ-Frauensprecherin LAbg. Dr. Gabi Sprickler- Falschlunger:

"Teilzeit als Falle für die Pension"

„Zwar kann man durchaus auch positive Seiten und Entwicklungen dem aktuellen Gleichstellungsbericht abgewinnen, dennoch ist noch sehr viel zu tun, damit dem jahrelangen Zuwarten eine Ende gesetzt wird“, reagiert die SPÖ-Frauensprecherin und Landesparteivorsitzende LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger auf den heute präsentierten Bericht.

Gerade geringe Arbeitszeiten bei Teilzeitbeschäftigten seien in Vorarlberg besonders ausgeprägt, vergleiche man dies mit dem österreichischen Durchschnitt. Dies bedeute aber in weiterer Folge eine Pension, mit der man nicht wirklich leben kann. Dazu die SPÖ-Frauensprecherin: „Wir müssen es schaffen, den Frauen bewusst zu machen, was Teilzeitarbeit in weiterer Folge im Alter für sie bedeutet – nämlich die Gefahr der Armut in der Pension.

Damit einhergehend ist klar, dass die Kinderbetreuungssituation verbessert werden müsse. Zwar gebe es immer mehr Kinderbetreuungseinrichtungen. Diese sind jedoch meist sehr teuer und können trotz der sozialen Staffelung zu hohen finanziellen Belastungen führen.

Dazu komme, so Sprickler-Falschlunger weiter, dass wir den höchsten Anteil an nur halbtägig geführten Kinderbetreuungseinrichtungen haben. Und ein Mittagessen bekommen die Vorarlberger Kinder kaum, vergleicht man dies mit den anderen Bundesländern. Dazu meint Gabi Sprickler-Falschlunger abschließend: „Für mich ergibt sich ein klares Bild: Die Teilzeitquote ist zu hoch, die Kinderbetreuungsangebote nicht ausreichend. Und das Eine bedingt das Andere. Es ist also an der Zeit, dass die Kinderbetreuung auch partnerschaftlich geteilt wird.“
Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger

11.07.2017 **Vorarlbergs soziale Kraft**

SP Schweiz

SP Kanton St.Gallen

Streit Ärzteschaft RJ/Spital Linth:

Antwort der Regierung zur EA Lemmenmeier-St.Gallen vorliegend

Im Vorfeld der Junisession hatte **SP SG-Präsident Max Lemmenmeier** die Einfache Anfrage *«Unangemessene und sachfremde Vorwürfe der Ärzteschaft Rapperswil-Jona»* eingereicht. Nun liegt die Antwort der Regierung dazu vor. Zentral sind die folgenden Passagen:

1. Die Behauptung der Ärzteschaft, die ambulanten Behandlungen seien allein den niedergelassenen Ärzten vorbehalten, trifft nicht zu.
2. Der Kanton leistet keine ergänzenden finanziellen Beiträge ans Spital. Ambulante Leistungen des Spitals Linth werden nicht von SteuerzahlerInnen subventioniert.
3. Es gibt im Linthgebiet keine Anzeichen einer Überversorgung im Bereich der Hausarztmedizin.

Fr 30.06.2017 10:41 **Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG und Fraktionssekretär**

SP Kanton Appenzell Innerrhoden

Hinschauen und Missstände benennen

Die SP Appenzell Innerrhoden (SP AI) nimmt den historischen Bericht über das Leben im Kinderheim «Steig» von 1945 bis 1984 betroffen zur Kenntnis. Die SP AI begrüsst die von der Standeskommission beauftragte historische Aufarbeitung dieses traurigen Kapitels der Innerrhoder Geschichte. Sie wertet die Absicht der Innerrhoder Regierung, 200000 Franken in den Solidaritätsfonds des Bundes für Opfer von Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen einzuzahlen und die Zusicherung persönlicher Hilfestellungen an die Opfer als Zeichen der Solidarität und Wiedergutmachung.

Das im Namen der staatlichen Fürsorge begangene Unrecht ist auch eine tragische Folge des Wegschauens von Bevölkerung und Behörden. Um Unrechtsmässigkeiten auch künftig entgegenzutreten, ist es für die SP AI Pflicht, hinzuschauen und Missstände offen zu benennen.

14. Juni 2017 **SP AI**

Kontakt: **Martin Pfister**
Erich Kiener, Parteisekretär
info@sp-ai.ch

SP Kanton Thurgau

Linksrum Woche 27/2017

Grossratsgeflüster vom 28.06.2017

Kantonsrätin Christa Thorner berichtet aus der ganztätigen Grossratssitzung der vergangenen Woche für einmal vor allem in diversen Zitaten aus den Fraktionsvoten. Die Fraktion musste sich einmal mehr für die Bildung im Kanton stark machen. Lesen Sie hier im Linksrum nach, wie unsere Kantonsrätinnen und -räte das anpacken:

SP Fraktion setzt sich für die Stärkung der Bildung im Kanton ein
von Christa Thorner, Kantonsrätin Frauenfeld

PHTG Kreditbegehren Erweiterungsbau 2
Die SP Fraktion hat dem Antrag der Regierung und des Präsidenten der vorberatenden Kommission Walter Hugentobler SP, zum Kreditbegehren von 26'880'000 Franken für den Erweiterungsbau 2 der Pädagogischen Hochschule Thurgau in Kreuzlingen einstimmig zugestimmt.

Eine dem in den letzten Jahren durch den Kantonsrat legitimierte erweiterte Bildungsauftrag entsprechende Infrastruktur ist Voraussetzung für die attraktive Ausbildung der Fachpersonen im Kanton. Es wird für die Volksabstimmung wichtig sein, diese Bedeutung in den Mittelpunkt zu stellen und dem absolut unzutreffenden Vorurteil eines "Luxusbaus" entgegenzuhalten.

***In der Rechnungsdebatte äusserten sich SP Kantonsrätinnen zum* DEK u. a. zu Sprachförderung**
Mein Votum: "Als der Regierungsrat 2009 das erste Grundlagenpapier für eine *Koordinierte Kinder- Jugend- und Familienpolitik* vorlegte, standen - ausgenommen die Personalkosten für die Fachstelle-, für die Mitfinanzierung von Massnahmen (darunter Massnahme Nr.5: Gezielte Sprachförderung für Kinder mit Sprachdefiziten vor dem Kindergarteneintritt) 668'000.- zur Verfügung.

Der ausbezahlte Betrag ist mittlerweile geschmolzen, wie das Glace an der Sonne auf CHF 382'513.17 laut RE 2016. - Es ist ja nicht so, dass die Fachstelle untätig blieb, im Gegenteil. 2014 folgte das *Konzept für ein koordiniertes Vorgehen in der Kinder-Jugend- und Familienpolitik 2014-2018* des DEK und im gleichen Jahr das *Kantonale Integrationsprogramm KIP 2014-2017mit einem Aktionsplan.*

Im November 2015 dann ein weiteres *Konzept Frühe Förderung, 2015-2019* das in einem breiten Mitwirkungsprozess mit Vertretern aus Gemeinde, Schulgemeinde, Kirchgemeinde und namhaften Fachleuten erarbeitet wurde.

Die Strategiepapiere und Massnahmepläne sind ohne Frage fachlich gut erarbeitet und beinhalten folgerichtige Empfehlungen. Leider muss aber heute festgestellt werden, dass die Entwicklung der ausbezahlten Beiträge in den vergangenen Jahren sich umgekehrt proportional zu den produzierten Konzeptseiten verhält. Sind die Kriterien zu eng gefasst, weshalb die budgetierten Mittel nicht an die Angebote ausgerichtet werden?

Ein wesentliche Kritik von Gemeinden, die sich in den vergangenen Jahren intensiv um den Aufbau von Sprachförderungsangeboten bemüht und grosse Finanzmittel aufgebracht haben ist, dass der Kanton sich lediglich für eine zeitlich beschränkte Anschubfinanzierung von Angeboten der Frühen Sprachförderung verpflichtet sieht. Dies obwohl er, beziehungsweise Re-

gierungsrätin Monika Knill im Begleitbrief zum Konzept schreibt - ich zitiere: *"Frühe Förderung ist eine zentrale und zunehmend wichtige Querschnittaufgabe von Kanton und Gemeinden"*.

Weil die vorschulische Sprachförderung einen direkten Einfluss auf den Schulerfolg und mithin auf geringere finanzielle Aufwände der Schulgemeinden für DAZ haben, müssen die Verantwortlichen für Integration und Bildung nochmals über die Bücher gehen und gerechtere Lösung finden."

Zur Schliessung der Handelsmittelschule
Votum von Kantonsrätin Marianne Sax: "Die Handelsmittelschule in Frauenfeld ist laut Lehrern und Schülerinnen eine Institution, welche eine Lücke füllt. Sekundarschul-Abgänger, welche sich dem Berufsalltag im Lehrbetrieb noch nicht gewachsen fühlen, finden dort einen Rahmen, in dem sie weiter lernen und reifen können. Besonders schüchterne, unreife junge Menschen oder Immigrantinnen, die sprachlicher Förderung bedürfen, werden gewandter und haben nochmals vier Jahre Zeit, um das für den Berufsalltag nötige Rüstzeug zu erwerben. Allgemeinbildende Fächer sowie Sprachen werden an der HMS intensiver unterrichtet als in den Berufsschulen mit ihrem begrenzten Zeitbudget. Mit wenigen Ausnahmen schliessen alle Schülerinnen mit einer Berufsmatura ab. HMS-Absolventen haben auf dem Arbeitsmarkt gute Aussichten auf Erfolg und absolvieren nicht selten eine Fachhochschule.

Frauenfeld ist ein guter und traditionsreicher Standort, da die Nähe zur Kantonsschule einige Absolventinnen animiert, nach der Handelsschule die Matura anzustreben. Ich fände es schade, wenn dieser Bildungsweg ganz zugeschüttet würde.

Mit der Einführung des Numerus Clausus vor zwei Jahren und dem Beschluss, nur noch eine Klasse an der HMS zu führen, wurde der Schule der Todesstoss versetzt.
Ist die Schliessung der Handelsmittelschule für immer und ewig vorgesehen oder besteht der Wille, sie bei entsprechender Nachfrage in Frauenfeld zu reanimieren? Gibt es eine Möglichkeit, sicherzustellen, dass man es erfährt, wenn die Nachfrage wieder besteht?"

Stipendien nicht nur für Reiche (Votum von Kantonsrätin Nina Schläfli)
Dass die Ausgaben in der Stipendienvergabe gemäss dem Geschäftsbericht 2016 sinken, gibt Kantonsrätin Nina Schläfli nicht nur Grund zur Sorge sondern sie kündigt einen Vorstoss an, der die Mittelvergabe für Schüler und Studierende überprüfen und verbessern soll mit dem Ziel, dass alle, auch Kindern nicht reicher Eltern Bildungschancen offenstehen.

...und zum Schluss die spontane Replik Barbara Kerns zum Vorwurf von Vico Zahnd (SVP) zu den jammernden Kantonsangestellten: "es ist nicht so, dass die Angestellten der Verwaltung jammern, wie von Kan tonsrat Vico Zahnd behauptet. Im Gegenteil, wenn sie den Bericht über das Case Management im Geschäftsbericht, lesen, dann sehen sie sehr wohl, dass die Angestellten unter Druck stehen. Immerhin litten 70% der betreuten Angestellten unter psychischen Problemen. Nun die LÜP schön reden, in dem man behauptet sie wäre spurlos an den Beteiligten vorbei gegangen, stimmt einfach nicht."

Jahresversammlung der SP MigrantInnen Schweiz
Bericht von Franco Bucca und Sabine Schifferdecker
Am 17. Juni fand in Bern die Jahresversammlung der SP MigrantInnen Schweiz statt. Für die sich im Thurgau im Aufbau befindliche Gruppe der SP MigrantInnen nahmen Franco Bucca, Sabine Schifferdecker und Michele Schiavone teil.

Die SP MigrantInnen sind seit 2012 ein fester Bestandteil der SP Schweiz und weiterhin im Ausbau begriffen. Die Jahresversammlung wurde von

Präsident Mustafa Atici aus Basel geleitet und neben den turnusgemässen Vorstandswahlen sowie einem Rückblick auf das vergangene Jahr standen insbesondere zwei wichtige, viele MigrantInnen betreffende, Gesetzesänderungen im Zentrum der Versammlung. Zum einen gilt ab 2018 der freie Informationsaustausch zwischen der Schweiz, der EU und weiteren Ländern, zum anderen tritt 2018 das neue Bürgerrechtsgesetz in Kraft.

Deklariert euren Besitz im Ausland!
Viele MigrantInnen besitzen ein Stück Land oder eine Wohnung in ihrem Herkunftsland, beides müssen die Betroffenen in der Schweizer Steuererklärung deklarieren. Alle, welche selbst eine kleine Immobilie im Ausland besitzen und diese bisher nicht deklarierten, sollten noch dieses Jahr eine Selbstanzeige machen. So droht keine Busse. Das betrifft selbstverständlich auch Schweizer/innen, die Besitztümer im Ausland haben. Da davon ausgegangen werden kann, dass viele von der geänderten Praxis betroffene Bürgerinnen und Bürger auch MigrantInnen sind, erging an der Versammlung ein expliziter Aufruf.

Lasst euch einbürgern!
Auch das neue Bürgerrechtsgesetz sieht ab 2018 strengere Einbürgerungskriterien vor. Nach geltendem Recht können Ausländer/innen mit "B" und "F" -Ausweisen einen Antrag stellen - ab Januar 2018 nur noch solche mit "C"-Ausweis. Deshalb ist es wichtig, dass Personen mit einer "B" oder "F"-Aufenthaltsbewilligung noch in diesem Jahr einen Einbürgerungsantrag stellen. Die SP MigrantInnen fordern die Kantone und Gemeinden auf, aktiv die Betroffenen aktiv zu informieren. In vielen Gemeinden oder Kantonsparlamenten wurden und werden entsprechende Vorstösse von sozialdemokratischen Parlamentarier/innen eingereicht. Mustervorstösse finden sich auf der Homepage der SP Schweiz.

Die SP MigrantInnen stellen in den einzelnen Kantonen Berater/innen zur Verfügung, die Fragen zur Einbürgerung beantworten und während des Einbürgerungsverfahrens unterstützend zur Seite stehen. Um dem hohen Klärungsbedarf und den vielen Anfragen gerecht zu werden, sollen diese Beratungstätigkeiten von der SP Schweiz und den SP MigrantInnen noch ausgebaut werden. Eindrücklich wurden an der Versammlung Fallbeispiele aus der Beratungspraxis geschildert. Leider herrscht bei vielen Gemeinden immer noch viel Willkür in der Handhabung der Einbürgerungen; bei manchen Gemeinden gibt es sogar keine oder online nur schwer auffindbare Informationen zum Einbürgerungsverfahren für Interessierte.

Rückblicke und Ausblicke auf die Schwerpunkte der Tätigkeit der SP MigrantInnen

Nach den beiden Appellen blickte der Vorstand der SP MigrantInnen auf ein bewegtes Jahr 2016 zurück. Die Gruppierung beteiligte sich insbesondere an den nationalen Abstimmungskampagnen gegen die Durchsetzungsinitiative und für die Asylgesetzrevision. Nach den Sommerferien folgten Informationskampagnen über die geänderten Einbürgerungsbestimmungen mit den oben angesprochenen Einbürgerungsberater/innen und für die Arbeitsmarktintegration von Migrant/innen, welche beide auch im Jahr 2017 ein grosses Thema blieben und bleiben. Ein Erfolg war die Aufnahme der SP MigrantInnen in die Statuten der SP Schweiz im vergangenen Dezember am Parteitag in Thun.

Als Jahresziele 2017 und 2018 definierte der Vorstand den Ausbau des bestehenden Netzwerkes mit SP Sektionen und Kulturvereinen in der ganzen Schweiz. Ausserdem wollen die SP MigrantInnen ihre Vertretung in der SP Schweiz ausbauen und Kandidierende mit Migrationshintergrund in kantonalen und kommunalen Wahlen unterstützen.

Wahlen Präsidium und Vorstand MigrantInnen Schweiz

Im Anschluss wurde der Basler Mustafa Atici einstimmig als Präsident der SP MigrantInnen bestätigt. Das Vizepräsidium umfasst Françoise Bassand aus Zürich, Ihsan Kurt aus dem Kanton Waadt, Frédéric Nouchi aus dem Wallis und Osman Osmani aus Schaffhausen. Dem weiteren Vorstand gehören fünf Mitglieder aus den verschiedenen Sprachregionen der Schweiz und den wichtigsten "Ausländerorganisationen" an. Eine Thurgauer Vertretung im Vorstand steht momentan noch nicht zur Debatte, doch unsere Delegation durfte sich über eine herzliche Aufnahme freuen. Unsere kleine, kantonale Gruppe darf künftig mit der Unterstützung der schweizweiten Organisation

rechnen, wenn es darum geht, die "SP MigrantInnen Thurgau" als eigene Gruppierung innerhalb der Sozialdemokratie zu gründen.

Weitere Informationen sowie Materialien auf ***der Homepage der SP Schweiz***

Wer sich den Thurgauer "SP MigrantInnen" anschliessen möchte, meldet sich möglichst bald bei Sekretärin Sabine Schifferdecker.

Prix Wasserfrau als Verein gegründet

Einleitung und Fragen von Julian Fitze

Am vergangenen Dienstag, 13. Juni, haben Genossinnen und Genossen in Ror-schach den internationalen Frauenförderpreis Prix Wasserfrau als eigenen Verein neu aufgestellt. 2002 wurde der Preis unter Federführung der nun gewählten Gründungspräsidentin Hildegard Fässler unter der Schirmherrschaft der Sozialistischen Bodenseeinternationalen (SBI) lanciert.

Nach 13 Preisvergaben an Frauen und Organisationen, die rund um den See herum wichtige Beiträge zur Frauen- und Mädchenförderung leisteten und immernoch leisten, nun also die Neulancierung. Die Gründungspräsidentin, ehemalige Nationalrätin und Bundesratskandidatin Hildegard Fässler im Interview mit dem Linksrum:

Linksrum: Liebe Hilde, erstmal Gratulation zur erfolgreichen Neugründung des Prix Wasserfrau. Was ist dieser Preis und was soll damit erreicht werden?

Hilde: Vielen Dank. Die Ursprungsidee war es, durch eine Preisverleihung regelmässig auf Frauenanliegen aufmerksam zu machen und spannende Lösungen zu zeigen. Zudem wollten wir die Beziehungen der Frauen und von Frauenorganisationen im Bodenseeraum über die Landesgrenzen hinaus stärken. Und für die Preisträgerinnen haben wir eine Möglichkeit geschaffen, ihre Arbeit, ihr Engagement in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Das wird von den Preisträgerinnen als sehr wertvoll eingeschätzt.

Die Preisträgerinnen bekommen eine sehr schöne Bronzefigur der St. Galler Bildhauerin Irene Thoma - daneben sieht der «Oscar» richtig hässlich aus - und 1000 EURO in bar.

Warum wurde nach 15 Jahren Angliederung an die SBI nun ein eigener Verein gegründet?

Die Unterstützung aus der SBI für den Preis hat im Lauf der Jahre abgenom-

men. Daher kam die Jury auf die Idee, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Nach 15 Jahren ist der Preis ja auch flügge geworden. Wir denken, dass wir mit einem unabhängigen Verein zudem einfacher zu Finanzmitteln kommen und sich auch mehr Interessierte auf die Suche nach Nominationen machen. Der neue Verein hat übrigens eine eigene Homepage: **www.prixwasserfrau.com**.

Wie setzt sich die Jury zusammen?
Wir sind vier Frauen und zwei Männer, zwei Mitglieder sind aus der Schweiz, drei aus Deutschland und eine aus Österreich. Wir stammen alle aus der SP oder aus einer Gewerkschaft.

Jurierung
Eine sechsköpfige Jury bewertet die eingegangenen Nominationen und entscheidet abschliessend.

Hier auf dem Bild: Olga Pircher (A), Hildegard Fässler (CH), Anita Vooren (D), Marianne König (D) und Willi Bernhard (D). Es fehlt Guido Etterlin (CH)

Aktuelle Zusammensetzung der Jury:

Deutschland: Willi Bernhard, Marianne König, und Anita Vooren
Österreich: Olga Pircher
Schweiz: Guido Etterlin und Hildegard Fässler

Linksrum - Woche 25/2017

Impressum

Herausgeber: Adnan Sabah

SBI, Sozialistische Bodensee-Internationale **Präsident: Adnan Sabah** **E-Mail: ASabah1@web.de**
Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Karl-Heinz König, Dornerweg 45, D 88709 Meersburg **Tel:. 07532/313048** **E-Mail: roterseehas@kabelbw.de**
und
Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren **Tel.: 07542/20349** **E-Mail: willibernhard@gmx.de**

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:
Peter Simon, MdEP: peter.simon@europarl.europa.eu **Frederik Wunderle:** info@evelyne-gebhardt.eu
Evelyne Gebhardt: EGebhardt.MdEP@t-online.de
SPD Presseservice: pressestelle@spd.de **Andreas Reißig:** andreas.reissig@spd.de
Grit Puchan: poststelle@mlr.bwl.de
Norbert Zeller: norbert@zeller-home.com
Leon Hahn: l.m.m.hahn@gmail.com
SPD Gemeinderatsfraktion FN: http://www.portal.spd-fn.de/fraktion-spdfn/
SP Schweiz: http://www.sp-ps.ch/de
Guido Berlinger-Bolt, Pol. Sekretär: berlinger-bolt@sp-sg.ch **Peter Hartmann:** hartmann.forrer@bluewin.ch
Martin Pfister: m-pfi@bluewin.ch **Dani Wiedmer:** info@sp-ai.ch
Julian Fitze: julian.fitze@sp-tg.ch **Linksrum SP TG/CH:** http://www.linksrum.ch/
AsF-Info: ASF@SPD.de
Hilde Mattheis: Hilde.Mattheis@bundestag.de
Vorarlbergs soziale Kraft: laendle@spoe.at www.spoe.at **Fritsch Annette:** Annette.Fritsch@spoe.at
Sz-Online: http://www.schwaebische.de/
Südkurier Online: http://suedkurier-medienhaus.de/unsere-medien/online-portale/suedkurier-online
Dieter Stauber: dieter.stauber@online.de **Dieter Stauber als:**
Frank Heimpel-Labitzke: f.labitzke@epunkte.de **FrankHeiLab**
SPD Bodenseekreis: http://www.spd-bodenseekreis.de/ **Ortsvereine des KV sind hier verlinkt**
Dieters Kandidatenblog: **s. SPD Bodenseekreis** **AdminDieter = Dieter Stauber**
Christine Heimpel: kontakt@christineheimpel-fn.de
Wolfgang Heinzel, Büroleiter Wolf99maci@aol.com **Martin Kaspar:** martin.gerster.ma02@bundestag.de
Martin Gerster, MdB: martin.gerster@wk.bundestag.de
Winfried Kropp: kropp@spd-kreis-konstanz.de
Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB: hilde.mattheis.ma02@bundestag.de **Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:** hilde.mattheis@wk.bundestag.de
Petra Neubert: hilde.mattheis@wk.bundestag.de **Tobias Pietsch:** **s. Büro Hilde Mattheis**

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.
Hase im Titelblatt: Hans-Peter Sieger **Logo Roter Seehas: © 2014 Hans-Peter Sieger**

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen: (Karl-Heinz König) roterseehas@kabelbw.de